©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

VIERTELJAHRSHEFTE FÜR ZEITGESCHICHTE

27. Jahrgang 1979 Heft 1

LARRY EUGENE JONES

ADAM STEGERWALD UND DIE KRISE DES DEUTSCHEN PARTEIENSYSTEMS

Ein Beitrag zur Deutung des „Essener Programms" vom November 1920*

Die Auflösung des bürgerlichen Parteiensystems war in der Weimarer Republik bereits weit fortgeschritten, als die Weltwirtschaftskrise in den frühen 30er Jahren mit voller Intensität über Deutschland hereinbrach und die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei ihren entscheidenden Einbruch in die deutschen Mittelparteien erzielte. Der Anfang der Weltwirtschaftskrise und der Aufstieg des Nationalsozialismus haben die Auflösung des Weimarer Parteiensystems zweifellos beschleunigt, doch lag ihre Hauptwirkung darin, Auflösungstendenzen zu verstärken, die bereits bei der Entstehung der Weimarer Republik vorhanden waren. Parteipolitisch gesehen, hing also das Schicksal der Weimarer Republik weitgehend davon ab, ob es den Parteien der sogenannten bürgerlichen Mitte – insbesondere der Deutschen Zentrumspartei, der Deutschen Demokratischen Partei (DDP) und der Deutschen Volkspartei (DVP) – gelang, die verschiedenen Sozial- und Berufsgruppen, die die deutsche Mittelschicht bildeten, zusammen mit den nichtsozialistischen Teilen der deutschen Arbeiterschaft zu einem lebensfähigen und schlagkräftigen politischen Machtfaktor zu integrieren. Eine starke Mitte hätte die spätere Polarisierung des deutschen Parteiensystems und den dadurch ermöglichten Aufstieg des Nationalsozialismus vermutlich aufhalten können. Jedoch zeigten die deutschen Mittelparteien bereits in der Frühzeit der

* Dieser Aufsatz stützt sich in erster Linie auf Unterlagen aus dem Privatnachlaß Adam Stegerwalds, die Stegerwald seiner Tochter, Frau Brücken, offensichtlich anvertraut hatte, um die Beschlagnahme durch die Polizeibehörden des Dritten Reiches zu verhindern, und die deshalb nicht mit dem Gesamtnachlaß in das von der Adam-Stegerwald-Stiftung geführte Stegerwald-Archiv kamen. Diese Unterlagen, die sich über die Jahre 1920 bis 1933 erstrecken und wohl den aufschlußreichsten Teil des Nachlasses bilden, wurden erst nach dem Tode von Frau Brücken im Jahre 1968 aufgefunden und sind deshalb nicht in dem Findbuch von Helmut J. Schorr, Stegerwald-Archiv, Inhaltsübersicht, o. O. (Köln) o. J. (1964), verzeichnet. Für die Benutzung ist der Verf. vor allem der Leiterin des Stegerwald-Archivs, Frau Nitschke, zu großem Dank verpflichtet. Auch möchte der Verf. der Alexander von Humboldt-Stiftung, ohne deren großzügige finanzielle Unterstützung die Quellenforschung für diesen Aufsatz nicht zu leisten gewesen wäre, seinen besonderen Dank aussprechen. Überarbeitung und Übersetzung des Aufsatzes wurden durch ein Forschungsstipendium vom Canisius College in Buffalo, New York, möglich gemacht. Für Kritik und Ratschläge bei der Vorbereitung des Aufsatzes ist der Verf. Professor Hans Mommsen und Dr. Martin Martiny verpflichtet, während Professor Wilma Iggers, Dr. Hans-Dieter Kreikamp und Peter Walther für ihre Hilfe bei der Übersetzung des Aufsatzes zu danken ist.

Jahrgang 27 (1979), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
VIERTELJAHRSHEFTE FÜR Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Weimarer Republik erhebliche Integrationsschwächen, die ihre Lebensfähigkeit von vornherein in Frage stellten. Denn nicht nur die Demokratische Partei, sondern auch das Zentrum hatte in den ersten Jahren der Weimarer Republik schwere interne Krisen zu überstehen, die ihr Integrationspotential stark beeinträchtigten, während es der Deutschen Volkspartei nie gelang, die sich von der DDP abkehrenden bürgerlichen Wählerschichten aufzufangen und in ihre eigene Parteiorganisation zu integrieren. In dieser Perspektive stellte also der Ruf, den Adam Stegerwald am 21. November auf dem 10. Kongreß der christlichen Gewerkschaften Deutschlands in Essen erhob, nämlich der Ruf nach der Schaffung einer interkonfessionellen christlich-nationalen Volkspartei, nicht nur eine vorläufige Diagnose, sondern auch ein Symptom jener strukturellen Schwächen dar, die schließlich zum Zusammenbruch des deutschen Parteiensystems führten[1].

Stegerwalds Bemühungen um eine Erneuerung und Umstrukturierung des deutschen Parteiensystems sind in der Sekundärliteratur häufig behandelt worden, doch wurden die genauen Umstände, die im Herbst 1920 zur Verkündung des sogenannten „Essener Programms" führten, sowie die spezifischen Faktoren, die beim Scheitern des Programms zusammenwirkten, nie gründlich analysiert[2].

---

[1] Zur Entwicklung des deutschen Parteiwesens während der Weimarer Republik vgl. Larry Eugene Jones, The Dying Middle. Weimar Germany and the Fragmentation of Bourgeois Politics, in: Central European History 5 (1972), S. 23–54; derselbe, Sammlung oder Zersplitterung? Die Bestrebungen zur Bildung einer neuen Mittelpartei in der Endphase der Weimarer Republik 1930–1933, in: VfZ 25 (1977), S. 265–304; und derselbe, The Dissolution of the Bourgeois Party System in the Weimar Republic, demnächst in: Society and Politics in Weimar Germany, hrsg. von Richard Bessel und Edgar Feuchtwanger, London und New York 1979. Zur Krise des deutschen Parteiensystems und ihren Auswirkungen auf die parlamentarische Entwicklung Deutschlands Ende der zwanziger Jahre vgl. Werner Conze, Die Krise des Parteienstaates in Deutschland 1928/30, in: Historische Zeitschrift 177 (1954), S. 47–83.

[2] Obwohl die Sekundärliteratur zum „Essener Programm" recht umfangreich ist, läßt sie, abgesehen von Rudolf Morsey, Die Deutsche Zentrumspartei 1917–1923, Düsseldorf 1966, S. 360–78, 390–409, 467–75, an Einsicht und Genauigkeit viel zu wünschen übrig. In diesem Zusammenhang ist die Studie Morseys, auch wenn sie das „Essener Programm" ausschließlich vom Gesichtspunkt des Zentrums behandelt, den Standardbiographien Stegerwalds von Helmut J. Schorr (Adam Stegerwald, Gewerkschaftler und Politiker der ersten deutschen Republik. Ein Beitrag zur Geschichte der christlich-sozialen Bewegung in Deutschland, Recklinghausen 1966, S. 67–78) und Josef Deutz (Adam Stegerwald, Gewerkschaftler – Politiker – Minister 1874–1945. Ein Beitrag zur Geschichte der christlichen Gewerkschaften in Deutschland, Köln 1952, S. 78–88) weit überlegen, während die Darstellungen ehemaliger Zentrumspolitiker wie Leo Schwering (Stegerwalds und Brünings Vorstellungen über Parteireform und Parteiensystem, in: Staat, Wirtschaft und Politik in der Weimarer Republik, Festschrift für Heinrich Brüning, hrsg. von Ferdinand A. Hermens und Theodor Schieder, Berlin 1967, S. 23–40) und Heinrich Brüning (Memoiren 1918–1934, Stuttgart, 1970, S. 68–77) zwar gewisse Aufschlüsse über die allgemeinen Motivationen und Zielvorstellungen des engeren Mitarbeiterkreises Stegerwalds zulassen, aber keine genauen Informationen über die konkreten Anlässe zur Verkündung des „Essener Programms" im Herbst 1920 oder die Maßnahmen, die Stegerwald und seine Mitarbeiter zur Verwirklichung des „Essener Programms" ergriffen, enthalten.

Jahrgang 27 (1979), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Jede Neueinschätzung des „Essener Programms" muß Stegerwalds Aufruf zur Schaffung einer interkonfessionellen christlichen Volkspartei allerdings nicht nur vor dem Hintergrund der inneren Entwicklung der Deutschen Zentrumspartei interpretieren, sondern auch die strategische Lage der christlichen Gewerkschaftsbewegung in der unmittelbaren Nachkriegszeit in Betracht ziehen. Die christlichen Gewerkschaften ruhten, obwohl ursprünglich durch dem Zentrum nahestehende katholische Arbeiterführer ins Leben gerufen, im Gegensatz zu den seit Ende des 19. Jahrhunderts bestehenden katholischen und evangelischen Arbeitervereinen auf interkonfessioneller Grundlage, und sie waren vor allem bestrebt, die auf dem Boden der christlichen Kultur stehenden Arbeiter gegen die unter marxistischem Einfluß stehenden freien Gewerkschaften zusammenzuschließen. Als sich der Streit zwischen den katholischen Fachabteilungen und der christlichen Arbeiterbewegung über die Bildung interkonfessioneller Gewerkschaften in den letzten Jahren des Kaiserreiches zuspitzte[3], trat Stegerwald, der 1903 zum Generalsekretär des zwei Jahre zuvor gegründeten Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften (GCG) gewählt worden war, als ausgesprochener Gegner kirchlicher Einmischung in die inneren Angelegenheiten der christlichen Gewerkschaften auf[4]. Gleichzeitig bemühte sich Stegerwald um die Pflege engerer Verbindungen zwischen dem GCG und wichtigen nichtkonfessionellen Gewerkschaften, wie dem Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verband (DHV) und dem Zentralverband der Landarbeiter (ZdL), und zwar unter der Ägide des Deutschen Arbeiterkongresses, der 1903 geschaffen worden war, um den nichtsozialistischen Gewerkschaften als gemeinsames Forum für die Vertretung ihrer sozialen, wirtschaftlichen und ideologischen Interessen zu dienen[5]. Als diese Tätigkeit im Herbst 1917 mit der Veröffentlichung eines umfassenden, nach Kriegsende

---

[3] Vgl. dazu Hermann Josef Wallraf, Die Belastung einer Gewerkschaft durch ideologische Differenzen. Spannungen innerhalb der christlichen Gewerkschaftsbewegung in den Jahren 1900–1914, in: Vom Sozialistengesetz zur Mitbestimmung. Zum 100. Geburtstag von Hans Böckler, hrsg. von Heinz Oskar Vetter, Köln 1975, S. 135–52.

[4] Vgl. dazu Stegerwalds eigene Darstellung: Adam Stegerwald, Aus meinem Leben, Berlin-Wilmersdorf 1924, S. 8–10.

[5] Zur organisatorischen Entwicklung der christlichen Gewerkschaftsbewegung vor dem Ersten Weltkrieg vgl. Theodor Böhme, Die christlich-nationale Gewerkschaft. Ihr Werden, Wesen und Wollen, Stuttgart 1930, S. 75–82. Zur Geschichte der evangelischen Arbeiterbewegung vgl. Evangelisch-soziale Dokumente. Von Bethel bis Stockholm, hrsg. von Georg Streiter, Berlin 1926, S. 5–16; ferner die Vorträge von Werbeck, Grunz und Rudolf in: Die EAV-Bewegung, ihr Werden und Wollen. Der 24. Vertretertag des Gesamtverbandes evangelischer Arbeitervereine Deutschlands in Halle a. S. vom 27.–29. Juni 1925, Berlin o. J. (1925), S. 1–5, 12–31. Zur Gründung und Frühgeschichte des ZdL vgl. Zehn Jahre christlich-nationale Landarbeiterbewegung 1913–1923. Eine Festschrift zur Erinnerung an das 10jährige Bestehen des Zentralverbandes der Landarbeiter, hrsg. vom Hauptvorstand, Berlin 1923, S. 6–13. Zum DHV vgl. die Monographie von Iris Hamel, Völkischer Verband und nationale Gewerkschaft. Der Deutschnationale Handlungsgehilfen-Verband 1893–1933, Hamburg 1967.

Jahrgang 27 (1979), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

durchzuführenden Reformprogramms ihren Höhepunkt erreichte[6], versäumte Stegerwald nicht, die Führung seiner eigenen Partei – zuerst auf einer Versammlung von Kölner Arbeiterwählern des Zentrums am 27. Juli 1917[7] und einige Monate später in einem Aufsatz in der „Deutschen Arbeit"[8] – wiederholt darauf hinzuweisen, daß den tiefgreifenden Veränderungen in Deutschlands parlamentarischer Struktur höchstwahrscheinlich ebenso tiefgreifende Veränderungen in der Struktur des deutschen Parteiwesens folgen würden.

Beim Ausbruch der Novemberrevolution fanden sich Stegerwald und die Führung der christlichen Gewerkschaften durch den steigenden Radikalismus der deutschen Arbeiterschaft in die Defensive gedrängt[9]. Auf den überaus konservativen Stegerwald wirkte die Revolution als Schock, und in seiner ersten, wohl ganz instinktiven Reaktion suchte er die christliche Gewerkschaftsbewegung gegen die von der Revolution entfesselten Kräfte der politischen und sozialen Umwälzung abzuschirmen und damit als ruhenden Pol für den künftigen Wiederaufbau Deutschlands zu bewahren. Als erster konkreter Schritt in dieser Richtung wurde am 20. November 1918 der Deutschdemokratische Gewerkschaftsbund (DDGB) gegründet. Mit fast zwei Millionen Mitgliedern beschränkte sich der DDGB keineswegs auf Gruppen, die vorher dem Gesamtverband christlicher Gewerkschaften angehört hatten oder dem Deutschen Arbeiter-Kongreß angeschlossen gewesen waren, sondern er stellte einen Zusammenschluß aller nichtsozialistischen Gewerkschaften einschließlich des mit der Demokratischen Partei alliierten Verbandes der deutschen Gewerkvereine (Hirsch-Dunckersche Gewerkschaften) unter dem Vorsitz von Gustav Hartmann dar[10]. Stegerwald selbst

[6] Vgl. dazu Bericht über die Verhandlungen des vierten Deutschen Arbeiter-Kongresses. Abgehalten vom 28. bis 30. Okt. 1917 in Berlin, hrsg. vom Ausschuß des Kongresses, Köln 1918, S. 9–15, 245–56; ferner Franz Behrens und Wilhelm Stieda, Das neue Programm der christlich-nationalen Arbeiterbewegung, Leipzig 1918, S. 3–16.

[7] Stegerwald, Arbeiterwähler und Zentrumspartei, Vortrag gehalten auf einer Versammlung von Kölner Arbeiter-Zentrumswählern, Krefeld o. J. (1918).

[8] Stegerwald, Das alte stürzt, in: Deutsche Arbeit, Jg. 3, Nr. 11 (November 1918), S. 481–97.

[9] Vgl. den Bericht des GCG-Generalsekretariats in: Niederschrift der Verhandlungen des 10. Kongresses der christlichen Gewerkschaften Deutschlands. Abgehalten vom 20. bis 23. November 1920 in Essen, Köln 1920, S. 64–79; ferner Wilhelm Gutsche, Wirtschaftsrevolution und christlich-nationale Arbeiterbewegung, in: Evangelisch-soziale Stimmen, Jg. 14, Nr. 11 (30. November 1918), S. 42–43, und Gustav Hülser, Die christlich-nationalen Gewerkschaften in der Revolutionszeit, ebenda, Jg. 15, Nr. 1/2 (28. Februar 1919), S. 3. Dazu auch die Analyse von Herbert Gottwald, Der Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften (GCG) in der Novemberrevolution und während der revolutionären Nachkriegsjahre (1918–1923), in: Jenaer Beiträge zur Parteiengeschichte. Mitteilungsblatt der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin, Nr. 20 (November 1967), S. 68–82.

[10] Vgl. die auf der Gründungsversammlung des DDGB gehaltenen Vorträge von Stegerwald und Hartmann in: Zweck und Ziele des Deutsch-demokratischen Gewerkschaftsbundes, Schriften des Deutsch-demokratischen Gewerkschaftsbundes, Nr. 1, Berlin 1919; ferner Heinrich Imbusch, 10 Jahre Deutscher Gewerkschaftsbund, in: Der Deutsche 1921–1931, Jubiläumsausgabe vom April 1931, S. 3, sowie die offiziöse DGB-Darstellung in Wilhelm Wiedfeld, Der Deutsche Gewerkschaftsbund, Leipzig 1933, S. 7–23.

Jahrgang 27 (1979), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

wurde zum ersten Vorsitzenden der neuen Organisation gewählt, die in ihrem Gründungsaufruf scharf gegen „die Diktatur der Berliner Arbeiter- und Soldatenräte" Stellung bezog und den raschen Abschluß eines vorläufigen Friedensvertrages, den Wiederaufbau des deutschen Wirtschaftslebens und den sofortigen Zusammentritt einer verfassunggebenden Nationalversammlung verlangte[11]. Gleichzeitig trat Stegerwald an die Führer der christlichen Gewerkschaftsbewegung heran, um wegen der Gründung einer neuen christlichen Volkspartei zu sondieren, die, wenn auch auf die organisierte christliche Arbeiterschaft gestützt, alle sozialen Klassen im Rahmen eines allgemeinen Bekenntnisses zu den sozialen und religiösen Werten des christlichen Glaubens erfassen sollte[12]. Parallel dazu, jedoch nach allen Anzeichen selbständig, schlug Heinrich Brauns vom Volksverein für das katholische Deutschland vor, das Zentrum in eine interkonfessionelle und sozial heterogene Mittelpartei umzuwandeln, deren grundsätzliche Orientierung nicht mehr ausschließlich katholisch, sondern christlich im weitesten Sinne des Wortes sein sollte[13]. Brauns' Vorschlag, die politische Grundlage des Zentrums durch die Einbeziehung evangelischer Christen zu erweitern, fand nicht nur bei Parteiführern im Rheinland und in Westdeutschland starken Widerhall[14], er entsprach auch einem ähnlichen Aufruf einer Gruppe Berliner Zentrumspolitiker, die eine Erneuerung des Zentrums als „Christliche Volkspartei" forderten – in einer Zeit revolutionären Umsturzes auf die Erhaltung christlicher Institutionen und Werte eingeschworen[15].

Während die Bemühungen, das Zentrum auf interkonfessioneller Grundlage neuzugründen, Stegerwalds eigenen Absichten weitgehend entsprachen, trafen seine Pläne, die christliche Arbeiterschaft in einer gemeinsamen politischen Partei zusammenzufassen, auf zunehmenden Widerstand bei den evangelischen Arbeiterführern, so daß er sie schließlich im Dezember 1918 aufgeben mußte. Die Frage, wie weit die Bestrebungen zur Bildung einer christlichen Volkspartei auf interkonfessioneller Grundlage im Herbst 1918 tatsächlich gingen, läßt sich auf-

---

[11] Imbusch, 10 Jahre Deutscher Gewerkschaftsbund, S. 3.

[12] Stegerwald, Neuorientierung des Parteiwesens, in: Germania, Nr. 598 (27. September 1921).

[13] Brauns an Marx und Kastert, 13. November 1918, Stadtarchiv Köln, Nachlaß Wilhelm Marx, Bd. 222, Bl. 72–73. Zu den Bemühungen um eine Neuorientierung und Umgestaltung des Zentrums nach Ende des Ersten Weltkriegs vgl. John K. Zeender, German Catholics and the Concept of an Interconfessional Party, 1900–1922, in: Journal of Central European Affairs 23 (1964), S. 424–39, und Rudolf Morsey, Die deutsche Zentrumspartei zwischen Novemberrevolution und Weimarer Nationalversammlung, in: Dona Westfalica, Georg Schreiber zum 80. Geburtstage dargebracht von der Historischen Kommission Westfalens, Münster 1963, S. 239–71; ferner Ernst Deuerlein, Heinrich Brauns – Schattenriß eines Sozialpolitikers, in: Staat, Wirtschaft und Politik, hrsg. von Hermens und Schieder, S. 56–60.

[14] Becker an Stegerwald, 19. November 1918, Stadtarchiv Köln, NL Marx, Bd. 222, Bl. 78–83.

[15] Das neue Zentrum und die politische Neuordnung, hrsg. vom Generalsekretariat der Zentrumspartei, Berlin o. J. (1918).

Jahrgang 27 (1979), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

grund der vorliegenden Quellen nicht beantworten, doch ist es klar, daß Stegerwalds Bemühungen nicht die notwendige Unterstützung prominenter evangelischer Gewerkschaftsführer wie Franz Behrens vom Zentralverband der Landarbeiter fanden. Bereits im November 1917 hatte sich Behrens, der zusammen mit Stegerwald und Hans Bechly vom Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verband den Vorsitz im Deutschen Arbeiter-Kongreß führte, gegen den Gedanken einer christlichen Arbeiterpartei ausgesprochen[16]. Ein Jahr später, nach dem Zusammenbruch des Kaiserreiches, schlossen sich Behrens und seine Anhänger rasch der Deutschnationalen Volkspartei (DNVP) an, die am 23. November 1918 zur Sammlung der bis zum Kriegsausbruch auf der Rechten aktiven Splitterparteien ins Leben gerufen wurde[17]. Behrens' und der konservativen evangelischen Gewerkschaftssekretäre Übergang zur DNVP[18] bedeutete das endgültige Scheitern der Hoffnung Stegerwalds auf eine christliche Arbeiterpartei[19]; es blieb ihm nichts anderes übrig, als seine alten Bindungen an die Zentrumspartei zu erneuern. Gleichzeitig schlossen sich nicht nur Bechly, sondern auch Fritz Baltrusch und Georg Streiter vom Generalsekretariat des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften sowie Wilhelm Gutsche von der soeben gegründeten Gewerkschaft deutscher Eisenbahner der Deutschen Volkspartei an, die der ehemalige nationalliberale Parteiführer Gustav Stresemann nach dem Scheitern der Einigungsverhandlungen mit der Demokratischen Partei gegründet hatte[20].

Aber wenn es Stegerwald auch nicht gelang, die parteipolitische Zersplitterung der christlichen Gewerkschaftsbewegung durch die Gründung einer interkon-

---

[16] Vgl. die Ausführungen von Behrens in: Behrens und Stieda, Das neue Programm der christlich-nationalen Arbeiterbewegung, S. 24–25.

[17] Vgl. den besonders aufschlußreichen Brief von Gutsche an Stresemann, 14. Dezember 1918, Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes, Bonn, Nachlaß Gustav Stresemann, Bd. 183, Bl. 134088–91 (im folgenden zit.: AA NL Stresemann). Zur Gründung der DNVP vgl. Lewis Hertzman, DNVP. Right-Wing Opposition in the Weimar Republic, 1918–1924, Lincoln 1963. Zur Neuorientierung des deutschen Konservatismus unmittelbar nach dem Kriege vgl. Peter-Christian Witt, Eine Denkschrift Otto Hoetzschs vom 5. November 1918, in: VfZ 21 (1973), S. 337–55.

[18] Vgl. dazu den Aufruf der evangelischen Arbeitersekretäre und Geistlichen „An unsere Freunde und Standesgenossen in Stadt u. Land", in: Evangelisch-soziale Stimmen, Jg. 12, Nr. 12 (31. Dezember 1918), S. 42–43.

[19] Zum Scheitern der Bestrebungen Stegerwalds zur Gründung einer christlichen Arbeiterpartei im Herbst und Winter 1918 vgl. die Ausführungen von Gutsche auf der 2. Mitgliederversammlung des DDGB, 18. Dezember 1918, zitiert bei Imbusch, 10 Jahre Deutscher Gewerkschaftsbund, S. 3.

[20] Baltrusch an Stresemann, 12. Dezember 1918, AA NL Stresemann, 183/134018–19; ferner Gutsche an Stresemann, 14. Dezember 1918, ebenda, 183/134088–91. Von den verschiedenen Sekundärstudien zur DVP nahm nur Lothar Albertin, Liberalismus und Demokratie am Anfang der Weimarer Republik. Eine vergleichende Analyse der Deutschen Demokratischen Partei und der Deutschen Volkspartei, Düsseldorf 1972, bes. S. 108–12, von den Bestrebungen Stresemanns Kenntnis, zwischen 1918–1920 die Unterstützung und Mitarbeit prominenter evangelischer Gewerkschaftsführer zu gewinnen.

Jahrgang 27 (1979), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

fessionellen christlichen Arbeiterpartei zu überwinden, so ließ er sich doch von seinem ursprünglichen Ziel nicht abbringen, Deutschlands nichtsozialistische Gewerkschaften auf der Grundlage des Deutsch-demokratischen Gewerkschaftsbundes zusammenzuschließen. Offenkundig aus einem nationalistischen und konterrevolutionären Impuls geboren, änderte der DDGB im Frühjahr 1919 seinen Namen in Deutscher Gewerkschaftsbund (DGB), um jede Verwechslung mit der linksbürgerlichen Deutschen Demokratischen Partei zu vermeiden. Dies wiederum bezeichnete den Beginn eines verschärften ideologischen Konflikts innerhalb des DGB, den schließlich im November 1919 die Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften verließen, und zwar aus Protest gegen eine Bestimmung im DGB-Programm, die den neugegründeten Gewerkschaftsbund verpflichtete, „den unser Volk zersetzenden Materialismus durch die Pflege allgemein sittlicher, christlicher und nationaler Gedanken zu überwinden"[21]. Zur gleichen Zeit kam es innerhalb der deutschen Angestelltenbewegung zum Abbruch der Verhandlungen über die Gründung einer nichtsozialistischen Einheitsgewerkschaft – in diesem Falle hatte sich der DHV geweigert, eine Verbindung mit dem stärker demokratisch gesinnten Gewerkschaftsbund der Angestellten (GdA) einzugehen[22]. Solche Vorgänge offenbarten, in welchem Ausmaß ideologische Gegensätze auch nach Kriegsende Solidarität und Wirksamkeit der deutschen Arbeiterbewegung im Wege standen. Welche Rolle das ideologische Moment bei der Gestaltung des deutschen Gewerkschaftswesens nach dem Ersten Weltkrieg spielte, läßt sich am Gründungsprinzip und an der Zusammensetzung des Deutschen Gewerkschaftsbundes deutlich erkennen. Nach dem Prinzip „berufsständischer Zusammenarbeit auf weltanschaulichem Fundament" organisiert, ruhte der offiziell am 22. November 1919 gegründete Deutsche Gewerkschaftsbund auf drei organisatorischen Säulen, von denen jede einen besonderen Stand der deutschen Arbeitnehmerschaft repräsentieren sollte. Neben dem Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften, der als gewerkschaftlicher Vertreter der Industriearbeiterschaft galt, umfaßte der DGB den Gesamtverband deutscher Angestelltengewerkschaften (Gedag) unter dem Vorsitz Bechlys, sowie den von Gutsche geleiteten Gesamtverband der deutschen Beamtengewerkschaften[23]. Von den drei Säulen war der GCG mit mehr als einer Million Mitgliedern weitaus die stärkste[24]; der Gedag,

[21] Böhme, Die christlich-nationale Gewerkschaft, S. 85.

[22] Zur Entstehung des GdA und zum Scheitern der Verhandlungen über die Bildung einer Einheitsgewerkschaft vgl. Epochen der Angestellten-Bewegung 1774–1930, hrsg. vom Gewerkschaftsbund der Angestellten, Berlin 1930, S. 167–85; ferner die Stellungnahme von DHV-Vorsteher Hans Bechly, Der nationale Gedanke nach der Revolution, Vortrag gehalten am vierzehnten Deutschen Handlungsgehilfentag in Leipzig vom 18. bis 20. Oktober 1919, Hamburg o. J. (1919), S. 33–45.

[23] Böhme, Die christlich-nationale Gewerkschaft, S. 84–86; Wiedfeld, Der Deutsche Gewerkschaftsbund, S. 24–30.

[24] Am 31. Dezember 1919 zählte der GCG 1 000 770 Mitglieder, was eine Zunahme von mehr als 465 000 Mitglieder seit Ende 1918 bedeutete. Vgl. Die christlichen Gewerkschaften im Jahre 1919, in: Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften Deutschlands (im folgenden zit.: Zentralblatt), Jg. 20, Nr. 20 (27. September 1920), S. 202–13.

Jahrgang 27 (1979), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

der faktisch alle seine Mitglieder vom DHV oder dessen Frauenorganisation, dem Verband der weiblichen Handels- und Büroangestellten, übernahm, zählte kaum 450 000 Mitglieder[25]. Der Gesamtverband der deutschen Beamtengewerkschaften war hingegen eine etwas künstliche Organisation, die das Gros ihrer 200 000 Mitglieder vom GCG erhielt und im Jahre 1926 schließlich zusammenbrach[26]. Als Vorsitzender des GCG wurde Stegerwald auch zum Vorsitzenden des DGB gewählt, während Gutsche und der vom Gedag ernannte Otto Thiel als stellvertretende Vorsitzende fungierten, was übrigens den berufsständischen Charakter des DGB weiterhin betonte.

Das Prinzip, das die Organisation des Deutschen Gewerkschaftsbundes bestimmte, war keineswegs atypisch für die Nachkriegsentwicklung und entsprach im Wesen dem des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (ADGB), der im Sommer 1919 durch den Zusammenschluß der sozialistischen Gewerkschaften geschaffen wurde, und des Freiheitlich-nationalen Gewerkschaftsringes deutscher Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenverbände, den der GdA und seine Verbündeten im Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaftslager im November 1920 gründeten[27]. Während aber der ADGB und die Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften mit der SPD bzw. DDP eine eigene politische Basis besaßen, kamen die Mitglieder und die parlamentarischen Vertreter des DGB und seiner angeschlossenen Verbände aus den rechts von der DDP stehenden bürgerlichen Parteien, und zwar aus dem Zentrum, der DVP, der DNVP und der neuen Bayerischen Volkspartei (BVP), die sich seit kurzem vom Zentrum abgespalten hatte. Unter diesen Umständen war es nicht überraschend, daß prominente christliche Gewerkschaftsführer wie Jakob Kaiser vom Kartell der christlichen Gewerkschaften Kölns[28]

---

[25] Während die Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände (Afa) und der GdA Ende 1918 circa 600 000 bzw. 270 000 Mitglieder zählten, verfügte der Gedag über einen Mitgliederstand von mehr als 435 000. Von den 305 000 männlichen Gedag-Mitgliedern gehörten circa 230 000 dem DHV an. Vgl. dazu Otto Thiel, Die deutsche Privatangestellten-Bewegung, Flugschriften der Deutschen Volkspartei, Nr. 25, Berlin 1920. Zur Entwicklung der deutschen Angestelltenbewegung während der Weimarer Republik vgl. Jürgen Kocka, Zur Problematik der deutschen Angestellten 1914–1933, in: Industrielles System und politische Entwicklung in der Weimarer Republik, Verhandlungen des Internationalen Symposiums in Bochum vom 12.–17. Juni 1973, hrsg. von Hans Mommsen, Dietmar Petzina und Bernd Weisbrod, Düsseldorf 1974, S. 792–811.

[26] Ende 1926 brach der dritte der drei dem DGB angeschlossenen Gesamtverbände, der Gesamtverband der Deutschen Beamtengewerkschaften, nach dem Übertritt fast zweidrittel seiner Mitgliederschaft zum Deutschen Beamtenbund nahezu zusammen, so daß die Beamtengewerkschaften, die mit dem DGB organisatorisch verbunden blieben, in den Gesamtverband deutscher Verkehrs- und Staatsbediensteter aufgenommen werden mußten. Vgl. dazu Böhme, Die christlich-nationale Gewerkschaft, S. 84 ff.

[27] Zur Reorganisierung der deutschen Gewerkschaftsbewegung nach dem Ende des Ersten Weltkrieges vgl. Emil Lederer, Die Gewerkschaftsbewegung 1918/19 und die Entfaltung der wirtschaftlichen Ideologien in der Arbeiterklasse, in: Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik 47 (1920), S. 215–69.

[28] Vgl. das Zitat aus einer Rede Kaisers aus dem Jahre 1919 in: Erich Kosthorst, Jakob Kaiser. Der Arbeiterführer, Stuttgart 1967, S. 92.

Jahrgang 27 (1979), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

oder Joseph Joos von der Katholischen Arbeiter-Bewegung (KAB)[29] ihre Verzweiflung über die kritische, wenn nicht sogar hoffnungslose Lage des deutschen Parteiensystems öffentlich ausdrückten. Stegerwald und die Führer des DGB teilten zwar solche Sorgen über die parteipolitische Entwicklung Deutschlands vollauf, waren aber noch zu sehr mit der weitreichenden organisatorischen Umstrukturierung der deutschen Gewerkschaftsbewegung beschäftigt, als daß sie eine Initiative zur Reform und Konsolidierung des deutschen Parteiensystems hätten ergreifen können. Im Verlauf der nächsten Monate wuchs jedoch das Unbehagen christlicher Gewerkschaftsführer, was sich vor allem im Aufruf des DGB-Vorstandes zu den Reichstagswahlen vom 6. Juni 1920 niederschlug[30].

Die zunehmende Entfremdung christlicher Gewerkschaftsführer vom bestehenden Parteiensystem stand in direkter Beziehung zu drei Problemen, die das Netz der von ihnen seit Kriegsende aufgebauten Querverbindungen zu den verschiedenen bürgerlichen Parteien ernsthaft gefährdeten. Am wichtigsten und potentiell wohl am gefährlichsten war die immer realer werdende Möglichkeit, daß das Zentrum unter dem Druck des verstärkten Konflikts zwischen seinem rechten und seinem linken Parteiflügel schließlich auseinanderfallen würde. Mag das Zentrum während der revolutionären Umwälzung von 1918–19 eine stabilisierende Rolle gespielt haben, erlebte es doch zwischen 1920 und 1922 eine innere Krise, die ebenso schwer war, wie jene, die die DDP als wirksamen politischen Machtfaktor ausschaltete[31]. Die Auflösung der Fraktionsgemeinschaft mit der Bayerischen Volkspartei im Januar 1920[32], die Entstehung der Christlichen Volkspartei (CVP) im Rheinland und in den westlichen Teilen Deutschlands[33]

---

[29] Vgl. die Rede von Joos, Politik, Parteiwesen und Zeitbedürfnisse, in: Bericht des 12. Verbandstages der kath. Arbeiter- und Knappvereine Westdeutschlands in Essen am 14. und 15. September 1919, Mönchen-Gladbach 1919, S. 31–38.

[30] Vgl. Die Gewerkschaften und das Parteiwesen, in: Zentralblatt, Jg. 20, Nr. 20 (7. Juni 1920), S. 105–106.

[31] Zur inneren Entwicklung des Zentrums während der Anfangsjahre der Weimarer Republik vgl. die Standardstudie von Rudolf Morsey, Zentrumspartei, S. 273–490, ferner die treffende Analyse von Günter Wirth, Zur Polarisierung der Kräfte in der Zentrumspartei in den Jahren 1920–1922, in: Wissenschaftliche Zeitschrift der Friedrich-Schiller-Universität Jena, Gesellschafts- und sprachwissenschaftliche Reihe, 16 (1965), Nr. 2, S. 343–46, sowie den Beitrag von Herbert Gottwald und Günther Wirth, Die Deutsche Zentrumspartei 1914–1924, in: Jenaer Beiträge zur Parteiengeschichte, Nr. 20 (November 1967), S. 3–67. Zur zeitgenössischen Beurteilung der Krise in der Zentrumspartei vgl. die entgegengesetzten Stellungnahmen von Hermann von Lüninck, Das Zentrum am Scheideweg, München 1920, und Heinrich Teipel, Krisis in der Zentrumspartei?, Opladen 1920.

[32] Zur Abtrennung der BVP vom Zentrum vgl. Klaus Schönhoven, Die Bayerische Volkspartei 1924–1932, Düsseldorf 1972. S. 17–42, sowie den zeitgenössischen Kommentar von Martin Spahn, Die Trennung der christlichen Volkspartei Bayerns vom Zentrum, in: Die Grenzboten, Jg. 69, Nr. 4 (April 1920), S. 116–18.

[33] Zur Gründung und Grundorientierung der CVP vgl. Christliche Volkspartei. Ihre Entstehung, ihr Ausbau und ihre Aufgaben, hrsg. vom Generalsekretariat der Christlichen Volkspartei, Koblenz o. J. (1920), sowie den Aufsatz von Heinrich Schrörs, Die christlichen Volksparteien in Deutschland, in: Das neue Reich, Jg. 2, Nr. 40 (4. Juli 1920), S. 653–55.

Jahrgang 27 (1979), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

und die offene Neigung konservativer katholischer Kreise zur rechtsstehenden DNVP[34] schienen den Niedergang der Zentrumspartei und vielleicht sogar ihr Ende als lebensfähiger Faktor im parteipolitischen Spannungsfeld der Weimarer Republik anzukündigen. Vor dem Hintergrund dieser Vorgänge veröffentlichte Lorenz Sedlmayr von der bayerischen Landesgeschäftsstelle des GCG im April 1920 einen Aufruf zur Gründung einer „christlich-nationalen Volkspartei", mit der die sozialen und konfessionellen Spaltungen im deutschen Volke überbrückt werden sollten[35]. Das schlechte Abschneiden des Zentrums bei den Reichstagswahlen vom 6. Juni 1920 bestätigte die Befürchtungen der christlichen Gewerkschaftsführer über die Zukunft der Partei; ihre Auffassung, das Gebot der Stunde sei die Schaffung einer interkonfessionellen christlichen Mittelpartei, festigte sich[36].

Spielte im Sommer und Herbst 1920 die Sorge um die Zukunft der Zentrumspartei eine wesentliche Rolle in den taktischen Überlegungen der christlichen Gewerkschaftsführer, so machte sich doch die Verschlechterung der Beziehungen zwischen den christlichen Gewerkschaften und der Deutschen Volkspartei nicht weniger bemerkbar. Zwar war es Stresemann zwischen 1918 und 1920 einigermaßen gelungen, die Unterstützung prominenter evangelischer Gewerkschaftler wie Bechly, Streiter und Baltrusch zu gewinnen, aber seine Bemühungen waren von Anfang an dadurch stark kompromittiert, daß er bei der Gründung der DVP Vertreter der sogenannten wirtschaftsfriedlichen bzw. „gelben" Gewerkschaften paritätisch mit denen der christlichen in die Partei aufgenommen hatte[37]. Stresemann und die DVP-Führung bemühten sich im Streit zwischen den beiden gegnerischen Gewerkschaftsbewegungen zwar um eine völlig neutrale Haltung[38], doch nahmen die Führer der christlichen Gewerkschaften die Zugeständnisse,

---

[34] Zur deutschnationalen Agitation unter dem katholischen Volksteil vgl. Victor Lukassowitz, Wir Katholiken in der Deutschnationalen Volkspartei, Breslau 1921, sowie die Erwiderung seitens der Zentrumspartei von Franz Steffen, Deutschnationale Volkspartei – Christentum – Katholizismus. Eine grundsätzliche Auseinandersetzung, Berlin 1922.

[35] Lorenz Sedlmayr, Her mit der christlich-nationalen Volkspartei, in: Deutsche Arbeit, Jg. 5, Nr. 4 (April 1920), S. 138–42. Vgl. dazu Sedlmayr an Kaiser, 31. Mai 1920, Bundesarchiv Koblenz, Nachlaß Jakob Kaiser (im folgenden zit.: BA NL Kaiser), 250.

[36] Sedlmayr an Kaiser, 9. Juni 1920, BA NL Kaiser, 250.

[37] Vgl. Stresemann an Baltrusch, 13. Dezember 1918, AA NL Stresemann, 183/143020–21. Zur Entwicklung der „gelben" Gewerkschaften nach dem Ende des Ersten Weltkrieges vgl. Fritz Geisler, Die nationale, wirtschaftsfriedliche Gewerkschaftsbewegung beim Wiederaufbau Deutschlands. Offene Worte an das Unternehmer- und das „Bürgertum", Hamburg 1920.

[38] Als Zeichen ihrer Neutralität im Streit zwischen den beiden Gewerkschaftsbewegungen ließ die DVP-Führung nicht nur Streiter vom GCG-Generalsekretariat, sondern auch Geisler von den „gelben" Gewerkschaften auf dem DVP-Reichsparteitag in Leipzig ihre Auffassungen über Sozial- und Wirtschaftspolitik vortragen. Vgl. Bericht über den zweiten Parteitag der Deutschen Volkspartei am 18., 19. und 20. Oktober 1919 im Kristallpalast in Leipzig, hrsg. von der Reichsgeschäftsstelle der Deutschen Volkspartei, Berlin 1920, S. 147–57.

Jahrgang 27 (1979), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

die von der DVP den „gelben" Gewerkschaften angeblich gemacht worden waren, trotzdem übel und verlangten, daß sich die Partei von den sozialreaktionären Kräften, die zu den Vorkriegsverhältnissen zurückkehren wollten, bedingungslos trenne[39]. So hatte sich Behrens in seiner Eigenschaft als erster Vorsitzender des Nationalen Arbeiter-Wahlausschusses bei Stresemann darüber beschwert, daß die DVP bei der Kandidatenaufstellung für die Reichswahlen vom Juni 1920 Vertreter der christlichen Gewerkschaften weitgehend vernachlässigt habe, während die der unternehmerfreundlichen „gelben" Gewerkschaften häufig bevorzugt würden[40]. Gewiß dürfte es der christlichen Gewerkschaftsführung eine gewisse Befriedigung gegeben haben, daß in den folgenden Wahlen nicht nur Streiter, sondern auch Thiel vom Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verband und August Winnefeld vom Gewerkverein christlicher Bergarbeiter in den Reichstag gewählt wurden. Daß aber andererseits auch zwei Vertreter der „gelben" Gewerkschaftsrichtung, Fritz Geisler und Otto Adams, Reichstagsmandate auf der DVP-Liste erhielten, konnte das bereits bestehende Unbehagen über die Entwicklung der Partei nur verstärken. Als dann im Oktober 1920 prominente DVP-Vertreter, darunter der Reichsfinanzminister Rudolf Heinze und Kurt Freiherr von Lersner, an der Gründungsversammlung von Geislers Nationalverband deutscher Gewerkschaften teilnahmen, griffen Gutsche und Otto Knebel vom DVP-Reichsarbeitnehmerausschuß dies als eine offene Verletzung der behaupteten Neutralität der DVP im Streit zwischen den beiden Gewerkschaftsbewegungen an und erklärten ihren Austritt aus der Partei[41]. Obwohl Streiter, Thiel und Winnefeld der DVP treu blieben, waren Stresemanns Hoffnungen auf eine breite Anhängerschaft aus den Reihen der christlichen Gewerkschaften gescheitert, und die dem Anschein nach engere Zusammenarbeit zwischen DVP und „gelben" Gewerkschaften stellte die künftigen Beziehungen des DGB zur DVP ernsthaft in Frage.

Zum steigenden Unbehagen der christlichen Gewerkschaften trug im Sommer 1920 auch der scharfe Rechtsruck in der Deutschnationalen Volkspartei nach dem gescheiterten Kapp-Putsch vom März 1920 bei. Seit ihrer Gründung Ende 1918 war es der DNVP durch die Bemühungen von Behrens und einer Anzahl evangelischer Arbeitersekretäre wie Emil Hartwig, Wilhelm Lindner und Margarete Behm gelungen, eine feste Anhängerschaft unter den der christlichen Gewerkschaftsbewegung angeschlossenen evangelischen Arbeiterkreisen zu sammeln. Diese Werbetätigkeit, die mit der zweiten Deutschnationalen Arbeitertagung im Oktober 1920 und der offiziellen Gründung des Deutschnationalen Arbeiter-

---

[39] Vgl. dazu Gutsche an Stresemann, 14. Dezember 1918, AA NL Stresemann, 138/143088–91, sowie die Ausführungen Thiels auf einer Sitzung des DVP-Geschäftsführenden Ausschusses, 28. Januar 1920, in den DVP-Akten, BA Koblenz, Bestand R 45 II, Bd. 51, Bl. 166.

[40] Behrens an Stresemann, 4. Mai 1920, AA NL Stresemann, 212/138639–40.

[41] Vgl. den Bericht Kempkes auf der Sitzung des DVP-Geschäftsführenden Ausschusses, 1. Dezember 1920, AA NL Stresemann, 210/138438.

Jahrgang 27 (1979), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

bundes im September 1921 ihren vorläufigen Abschluß fand[42], stellte jedoch für den neugegründeten Deutschen Gewerkschaftsbund eine ernste Gefahr dar und drohte angesichts der eindeutigen Ablehnung des Putsches durch die dem Zentrum nahestehenden katholischen Arbeiterführer[43], einen ideologischen Keil zwischen den evangelischen und den katholischen Flügel der christlichen Gewerkschaftsbewegung zu treiben. Während der DGB und seine angeschlossenen Verbände bei den Reichstagswahlen vom Juni 1920 stets ihre Überparteilichkeit betonten und es ihren etwa zwei Millionen Mitgliedern freistellten, für eine jener Parteien zu stimmen, deren Programme sich mit den politischen, sozialen und kulturellen Zielen der christlichen Gewerkschaftsbewegung deckten[44], blieb Stegerwald über den inneren Zwiespalt im christlichen Gewerkschaftslager tief besorgt und ermahnte seine Anhänger während des Wahlkampfes wiederholt, sich vor allem für die Pflege des moralischen Fundaments einzusetzen, ohne das die innere Zerrissenheit des deutschen Volkes niemals überwunden werden könne[45].

Mit dem Blick auf die problematische Zukunft des Zentrums und auf die Verschlechterung der Beziehungen zwischen den christlichen Gewerkschaften und den beiden Rechtsparteien nahmen Stegerwald und die Führung des Deutschen Gewerkschaftsbundes im Sommer und Herbst 1920 ihre Bemühungen um eine Reform und Umstrukturierung des deutschen Parteiensystems wieder auf. Als Orientierungshilfe diente dieser Aktivität ein vertrauliches Exposé, das die christliche Gewerkschaftsführung im September 1920 unter dem Titel „Arbeiterbewegung und Politik" zusammenstellte, um Gründe und Ziele der angestrebten Reform des Parteiensystems darzulegen. Zur Einführung unterstrich das Exposé nicht nur die wachsende Bedeutung, welche die christlichen Gewerkschaften seit Ende des Krieges gewonnen hatten, sondern auch die äußerst schwierige Lage, in der sich die christliche Arbeiterbewegung nun gegenüber den gegnerischen freien Gewerkschaften befand. Um der zunehmenden innenpolitischen Zersplitterung entgegenzutreten und die unerläßliche Voraussetzung für eine tatkräftige und entschlossene deutsche Außenpolitik zu schaffen, sei, so hieß es in dem Memorandum, eine „wahre Volkspartei" erforderlich, die mindestens ebenso stark sein müsse wie die Mehrheitssozialdemokratie. Eine solche Partei habe er-

---

[42] Emil Hartwig, Deutschnationale Arbeiterbewegung, in: Der nationale Wille. Werden und Wirken der Deutschnationalen Volkspartei 1918–1928, hrsg. von Max Weiß, Essen 1928, S. 216–21.

[43] Zur Stellungnahme der christlichen Gewerkschaftsführung zum Kapp-Putsch vgl. den Bericht über die Sitzung des GCG-Ausschusses in Köln, 7.–8. April 1920, in: Zentralblatt, Jg. 20, Nr. 9 (26. April 1920), S. 77–78.

[44] Vgl. Richtlinien des Deutschen Gewerkschaftsbundes für die Reichstagswahlen, in: Zentralblatt, Jg. 20, Nr. 12 (7. Juni 1920), S. 109–10.

[45] Vgl. insbesondere die Rede von Stegerwald, Sittliche Kraft oder rohe Gewalt? Mahnruf der christlich-nationalen Arbeiterschaft an das deutsche Volk, Vortrag gehalten auf der Kundgebung der christlichen Gewerkschaften in Fredenbaum zu Dortmund am 25. April 1920, Köln 1920.

Jahrgang 27 (1979), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

stens zu verhindern, daß die positiv gesinnten Elemente in der Mehrheitssozialdemokratie in eine unproduktive Oppositionsrolle gedrängt würden, aber gleichzeitig auch den christlichen Gewerkschaften zu ermöglichen, „in diesem, nie so günstig wiederkehrenden Zeitpunkt Eroberungen zu machen bei den sozialdemokratischen Massen". Um ihre Agitation so massenwirksam wie möglich zu gestalten, sollte die Partei ihr Programm um vier Kernbegriffe mit großer rhetorischer Stoßkraft strukturieren: deutsch, christlich, demokratisch und sozial. Jedoch dürfe sich die Partei nicht allein auf die christliche Arbeiterschaft stützen, vielmehr müsse sie alle positiv eingestellten Kräfte einbeziehen, die ohne Rücksicht auf Konfession oder soziale Klasse bereit seien, beim Wiederaufbau Deutschlands auf nationaler, christlicher, demokratischer und sozialer Grundlage zusammenzuarbeiten. Als organisatorischer Kern einer derartigen Entwicklung wurde zwar das Zentrum angesehen, aber zugleich unterstrichen, daß das Zentrum zunächst im Sinne der in den 80er Jahren niedergelegten Gedanken des katholischen Sozialpolitikers Franz Hitze reformiert und ausgebaut werden müsse. Erst dann könne das Zentrum als Kristallisationspunkt einer echten christlichen Volkspartei dienen[46].

Obwohl die Autorschaft der Denkschrift nicht mit Sicherheit zu ermitteln ist, stammte sie jedenfalls aus einem Kreise christlicher Gewerkschaftsführer, zu dem nicht nur Stegerwald und Brauns gehörten, sondern auch der 35jährige Heinrich Brüning, der im Januar 1920 aus dem Preußischen Wohlfahrtsministerium ausgeschieden war, um Stegerwalds rechte Hand im Deutschen Gewerkschaftsbund zu werden, und Theodor Brauer, der Cheftheoretiker des christlichen Gewerkschaftsbunds[47]. Die Gedanken der Denkschrift deckten sich gewiß weitgehend mit den Auffassungen, die Stegerwald bereits vor dem Kriege vertreten hatte. Indes muß als ihr Hauptverfechter der junge Brüning angesehen werden, der im katholischen Ökumenismus des frühen 20. Jahrhunderts erzogen worden war und die Entkonfessionalisierung der deutschen Politik stets als eines seiner höchsten politischen Ziele verfolgte[48]. An der Formulierung solcher Gedanken war auch der bekannte Zentrumspolitiker und Historiker Martin Spahn direkt beteiligt, der nicht nur Stegerwald nahestand[49], sondern auch die weltanschauliche

---

[46] Arbeiterbewegung und Politik, als Manuskript gedruckt für die Führer der christlich-nationalen Arbeiterbewegung, September 1920, NL Stegerwald.

[47] Zur Urheberschaft des „Essener Programms" vgl. vor allem Brüning, Memoiren, S. 70–71, und Schwering, Stegerwalds und Brünings Vorstellungen über Parteireform und Parteiensystem, S. 24–28; ferner Schorr, Stegerwald, S. 73–74.

[48] Josef Becker, Heinrich Brüning in den Krisenjahren der Weimarer Republik, in: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht 17 (1966), S. 203–04.

[49] Zum Beispiel hatte sich Stegerwald bei der Kandidatenaufstellung für die Reichstagswahl vom 6. Juni 1920 bei den Führern der westfälischen Zentrumspartei intensiv für Spahn eingesetzt. Vgl. Stegerwald an Brand, 29. April 1920, NL Stegerwald.

Jahrgang 27 (1979), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Entwicklung Brünings maßgeblich beeinflußt hatte[50]. Obwohl Spahn, der auf dem äußersten rechten Flügel des Zentrums stand, dem in der Weimarer Reichsverfassung verankerten demokratischen Herrschaftsprinzip ablehnend gegenüberstand, bestritt er keineswegs die Schlüsselrolle, die der deutschen Arbeiterschaft beim Wiederaufbau Deutschlands zufallen mußte, sofern man sie vom marxistischen Einfluß befreien und unter nationaler Führung zu einem selbständigen und lebensfähigen Machtfaktor zusammenschließen konnte[51].

Innerhalb der christlichen Gewerkschaften fand die Idee einer interkonfessionellen christlichen Volkspartei vor allem bei den Führern des Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verbandes Verständnis, was sich teilweise mit dem Vordrängen der „Gelben" in der DVP erklären ließ[52]. Ähnlich hatte die Abspaltung der Bayerischen Volkspartei vom Zentrum zu verstärktem Interesse an der Schaffung einer derartigen Partei seitens christlicher Arbeiterführer aus Süd- bzw. Südwestdeutschland geführt[53]. Allerdings weckten die Bemühungen um die Schaffung einer interkonfessionellen Mittelpartei weit weniger Resonanz beim evangelischen Flügel der christlichen Gewerkschaftsbewegung als beim katholischen, was vor allem auf die in protestantischen Kreisen weitverbreitete Abneigung gegen den ebenso prominenten wie umstrittenen Zentrumspolitiker und zeitweiligen Reichsfinanzminister Matthias Erzberger zurückzuführen war. Als sich Erzberger im Herbst 1920 um eine Rückkehr ins politische Leben bemühte, drohte das die von Stegerwald und seinen Mitarbeitern angeregte Umbildung des Parteiensystems zu sabotieren, noch ehe sie überhaupt in Gang gesetzt worden war. Daher erhob Stegerwald, als Erzbergers politische Rehabilitierung am 19. Oktober auf einer Sitzung der Reichstagsfraktion zum ersten Mal von der Zentrumsführung erörtert wurde, heftigen Einspruch gegen die Absichten Erzbergers, weil er „im evangelischen Lager wie ein rotes Tuch" wirke und seine Rückkehr ins politische Leben die von der christlichen Arbeiterbewegung angestrebte Schaffung einer interkonfessionell fundierten Wiederaufbaupartei vereiteln würde[54]. Stegerwalds Eintreten für die Bildung einer interkonfessionellen Mittelpartei war zu diesem Zeitpunkt zweifellos auch durch seine tiefe Abneigung gegen Erzberger und dessen Versuch zu einem politischen Comeback motiviert. Jedoch fanden seine erstmals offen geäußerten Pläne für eine durchgreifende Umstrukturierung des

---

[50] Vgl. dazu Rudolf Morsey, Brünings politische Weltanschauung vor 1918, in: Gesellschaft, Parlament und Regierung. Zur Geschichte des Parlamentarismus in Deutschland, hrsg. von Gerhard A. Ritter, Düsseldorf 1974, S. 322, 326–30.

[51] Zur allgemeinen Einstellung Spahns vgl. vor allem Martin Spahn, Die deutsche Arbeiterschaft und der Aufbau, Ring-Flugschriften, H. 3, Berlin 1921.

[52] Ausführungen Thiels auf einer Sitzung des DVP-Geschäftsführenden Ausschusses, 1. Dezember 1920, AA NL Stresemann, 210/138438–39.

[53] Sedlmayr, Christliche Volkspartei, in: Christliche Politik, Wochenschrift für deutsche Kultur und nationale Staatsauffassung, Jg. 1, Nr. 13 (26. September 1920), S. 152–53.

[54] Aufzeichnung über die Fraktionssitzung der Zentrumspartei, 19. Oktober 1920, BA Koblenz, Nachlaß Rudolf ten Hompel (im folgenden zit.: BA NL ten Hompel), Bd. 15.

Jahrgang 27 (1979), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

deutschen Parteiensystems bei den maßgebenden Zentrumsführern eine kühle, wenn nicht sogar ablehnende Aufnahme. Als die Diskussion über Stegerwalds Pläne Ende des Monats auf einer Sitzung des Zentrums-Reichsausschusses fortgesetzt wurde, eröffneten Erzbergers Anhänger auf dem linken Parteiflügel einen frontalen Angriff auf die vorgeschlagene Reform des deutschen Parteiensystems, für die sich neben Stegerwald nur Brauns aussprach. In scharfem Gegensatz zu der Behauptung Stegerwalds, eine starke bürgerliche Mittelpartei sei unbedingt notwendig, um eine stetige Außenpolitik zu treiben, den innenpolitischen Wiederaufbau in Angriff zu nehmen und die Stoßkraft der christlichen Arbeiterbewegung zu bewahren, prangerte der auf dem linken Parteiflügel stehende Joseph Wirth ein solches Unternehmen als „geradezu grotesk" an und betonte, die Hauptaufgabe der Zentrumsführung bestehe angesichts der katastrophalen Auswirkungen der allgemeinen Wirtschaftsentwicklung auf die der Partei bislang nahestehenden Wählerschichten vielmehr darin, das Zentrum überhaupt am Leben zu erhalten[55].

Der Angriff Wirths deutete auf die innere Zerklüftung im Zentrumslager hin und veranlaßte den Parteivorsitzenden Karl Trimborn zu dem Vorschlag, ein neues Parteiprogramm zu formulieren, das es dem Zentrum ermöglichen würde, auch in evangelischen Kreisen eine breitere Anhängerschaft zu gewinnen[56]. Der Vorschlag Trimborns stellte einen bescheidenen Schritt zur Verwirklichung der von Stegerwald und Brauns dargelegten Ziele dar, jedoch zeigte die Sitzung des Zentrums-Reichsausschusses am 31. Oktober und 1. November 1920, daß der Gedanke einer durchgreifenden Reform und Umstrukturierung des deutschen Parteiensystems bei den maßgeblichen Führern der Zentrumspartei auf wenig Verständnis stieß. Trotzdem ließ sich Stegerwald von seiner ursprünglichen Absicht nicht abbringen, auf dem bevorstehenden Essener Gewerkschaftskongreß seine Vorstellungen über die Krise und die zukünftige Entwicklung des deutschen Parteiensystems öffentlich darzulegen. So hielt er am 21. November 1920 seine große programmatische Rede „Die christliche Arbeiterschaft und die Lebensfragen des deutschen Volkes", in der er die seit Monaten laufende Diskussion innerhalb der christlichen Gewerkschaftsbewegung zusammenfaßte. Nach einer Schilderung der Krise, in der sich das ganze christliche Abendland seit dem Ende des Weltkrieges befinde, machte Stegerwald der damaligen Generation politischer Führer den Vorwurf, daß sie die Bedeutung der seelischen und insbesondere christlichen Kräfte für den Wiederaufbau Europas völlig verkannt habe. Im Hinblick auf Deutschland behauptete Stegerwald, daß nur die Zusammenfassung aller aufbaubereiten Kräfte ohne Rücksicht auf Konfession, sozialen Stand oder Parteizugehörigkeit das Vaterland aus dem Zwist und Elend der Gegenwart herausführen könne. Dies setze jedoch eine tiefgreifende Erneuerung des bestehen-

---

[55] Aufzeichnungen über eine Sitzung des Reichsausschusses der Zentrumspartei, 31. Oktober–1. November 1920, BA NL ten Hompel, 16.

[56] Ebenda. Vgl. auch Morsey, Zentrumspartei, S. 368.

Jahrgang 27 (1979), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

den Parteiensystems und die Schaffung einer großen, umfassenden Mittelpartei voraus, deren Programm durch die vier Kernbegriffe „deutsch, christlich, demokratisch und sozial" geprägt sein müsse. Der DGB sollte gewiß als treibende Kraft der neuen Partei und auch als Modell für sie dienen, doch habe er, so betonte Stegerwald, keineswegs die Absicht, den DGB oder die christliche Gewerkschaftsbewegung in eine neue politische Partei umzuformen. Gleichermaßen lehnte er eine eigene christliche Arbeiterpartei mit der Begründung ab, daß die neue Partei ihre Anhängerschaft aus allen Gesellschaftsschichten rekrutieren müsse. In diesem Zusammenhang rief Stegerwald auch dazu auf, die konfessionelle Zwietracht, die Deutschland seit Jahrhunderten zerreiße, durch die Zusammenfassung evangelischer und katholischer Christen in einer christlichen Volkspartei endlich zu überwinden. Nur durch die Schaffung einer interkonfessionellen Volkspartei werde es dem Deutschen Gewerkschaftsbund und der christlichen Arbeiterbewegung gelingen, die Spaltungen sowohl in den eigenen Reihen als auch im ganzen deutschen Volk zu heilen und somit die geistige Führung beim sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Wiederaufstieg Deutschlands zu übernehmen[57].

Zwar enttäuschte Stegerwalds Rede diejenigen etwas, die gehofft hatten, er werde auf dem Essener Kongreß die Gründung einer neuen politischen Partei verkünden, aber seine Ausführungen fanden die Zustimmung seiner Mitarbeiter in der christlichen Gewerkschaftsbewegung und führten dazu, daß der Kongreß die Bildung eines parlamentarischen Aktionskomitees beschloß, das die Möglichkeiten einer interkonfessionellen Mittelpartei prüfen sollte. Darüber hinaus billigte der Kongreß die Gründung einer Tageszeitung für die christlichen Gewerkschaften und auch die Errichtung einer eigenen „Volksbank" für den DGB und seine angeschlossenen Gewerkschaften[58]. Außerhalb der christlichen Gewerkschaften war aber die Reaktion auf Stegerwalds Essener Rede weniger ermutigend. In seiner Rede auf dem Nürnberger Parteitag der DVP Anfang Dezember hat Stresemann zwar in allgemeinen Wendungen zur Überwindung der konfessionellen Zwietracht im deutschen Volk aufgerufen, jedoch die Essener Erklärungen Stegerwalds nicht einmal erwähnt[59]. Gleichermaßen stieß Stegerwalds Vorschlag, eine interkonfessionelle christliche Volkspartei zu schaffen, nicht nur bei der Führung des neugegründeten DNVP-Reichskatholikenausschusses[60], son-

---

[57] Stegerwald, Deutsche Lebensfragen, Vortrag gehalten auf dem 10. Kongreß der christlichen Gewerkschaften Deutschlands am 21. November 1920 in Essen, Köln 1920, insbesondere S. 34–45.

[58] Vgl. Die Umgestaltung des deutschen Parteiwesens, in: Zentralblatt, Jg. 20, Nr. 26 (20. Dezember 1920), S. 301–04; ferner Rudolf Morsey, Zur Gründung der Tageszeitung ‚Der Deutsche', in: Publizistik 17 (1972), S. 351–57.

[59] Stresemann, Deutsche Volkspartei und Regierungspolitik, Rede gehalten auf dem 3. Parteitag der Deutschen Volkspartei, Flugschriften der Deutschen Volkspartei, Nr. 26, Berlin 1921, S. 19–20.

[60] Paul Lejeune-Jung, Das Zentrum, Vortrag im Politischen Vorstand der Deutschnationalen Volkspartei am 17. Dezember 1920, Deutschnationale Flugschriften, No. 83, Berlin 1921.

Jahrgang 27 (1979), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

dern auch bei den Vertretern der auf dem linken DNVP-Parteiflügel stehenden Arbeiter- und Angestelltenkreise[61] auf Gleichgültigkeit und Ablehnung. Nun hatte mit einer derartigen Reaktion seitens der anderen bürgerlichen Parteien gerechnet werden müssen. Ein gewichtigeres Hindernis stellte der zunehmende Widerstand maßgeblicher Zentrumsführer dar, zumal Stegerwald der Zentrumspartei bei einer Umgestaltung des deutschen Parteiwesens eine Schlüsselrolle zugedacht hatte. Die Reaktion der offiziösen Parteipresse auf Stegerwalds Rede war überwiegend kritisch und bestand größtenteils aus Erklärungen, die dazu bestimmt waren, der Parteianhängerschaft zu versichern, daß von einer Umwandlung des Zentrums in eine interkonfessionelle christliche Mittelpartei keine Rede sein könne[62]. Zwar versuchte Stegerwald, zuerst Mitte Dezember auf dem Berliner Parteitag der Preußischen Zentrumspartei[63] und dann einige Wochen später durch einen von ihm unterzeichneten Aufruf zu den bevorstehenden preußischen Landtagswahlen[64], diese Kritik zu entkräften und die Besorgnis innerhalb der Partei über seine Essener Pläne zu zerstreuen. Aber Trimborn und die Zentrumsführung blieben bei der Auffassung, daß die auf der letzten Sitzung des Reichsausschusses angeregte Revision des Parteiprogramms das Gedankengut Stegerwalds und seiner Mitarbeiter bereits einschließe und deshalb eine weitere Initiative der Zentrumspartei nicht erforderlich sei[65].

Angesichts der relativ kurzen Zeitspanne zwischen dem Essener Kongreß und der preußischen Landtagswahl war es Stegerwald nahezu unmöglich, irgendwelche Schritte zur Verwirklichung seines in Essen dargelegten Programms zu unternehmen[66]. Das preußische Wahlergebnis vom 20. Februar 1921 zeigte jedoch einen scharfen Rechtsruck, der die Befürchtungen Stegerwalds und seiner Mitarbeiter in der christlichen Gewerkschaftsführung, auf längere Sicht sei die Stabilität der politischen Mitte zweifelhaft, weitgehend bestätigte[67]. Die politischen Konsequenzen dieser Situation wurden erst klar, als es sich nach den Wahlen als unmöglich erwies, in Preußen eine Regierungskoalition zustandezubringen, die im neugewählten Landtag über eine feste Mehrheit verfügte. So wandten sich die Führer des Deutschen Gewerkschaftsbundes an Stegerwald selbst und forderten ihn auf, für das Amt des preußischen Ministerpräsidenten zu kandi-

---

[61] Josef Kaufhold, Die Geschichte des deutschen Parteiwesens, Staatspolitische Aufklärungsschriften, Nr. 15, Berlin o. J. (1921), S. 82–83; ferner Emil Kloth, Parteien und Gewerkschaften, Berlin o. J. (1928), S. 15.

[62] Vgl. z. B. Zentrum und Stegerwald, in: Germania, Nr. 524 (28. November 1920).

[63] Germania, Nr. 549 (13. Dezember 1920).

[64] Kölnische Volkszeitung, 30. Dezember 1920.

[65] Vgl. dazu die Ausführungen von Kaiser, Trimborn und Giesberts auf dem Parteitag der Rheinischen Zentrumspartei in Köln, 11.–12. Januar 1921, in: Kölnische Zeitung, 12. Januar 1921.

[66] Stegerwald, Neuorientierung des Parteiwesens, in: Germania, Nr. 598 (27. September 1921).

[67] Paul Saupe, Die Bedeutung der Preußenwahlen für die christlich-nationale Arbeiterschaft, in: Deutsche Arbeit, Jg. 6, Nr. 4 (April 1921), S. 123–25.

Jahrgang 27 (1979), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

dieren. Zwar hatte sich Stegerwald vor den Wahlen entschlossen, sich nicht mehr um ein Mandat zu bewerben und sich damit von seinen Verpflichtungen als preussischer Wohlfahrtsminister zu entlasten, aber dem Ruf seiner Kollegen konnte er sich schwerlich entziehen. Innerhalb weniger Tage bildete Stegerwald also eine Minderheitsregierung, die lediglich aus Vertretern der DDP und des Zentrums bestand, aber von allen Parteien, von den Mehrheitssozialdemokraten bis zu den Deutschnationalen, toleriert wurde[68]. Einen Monat später gelang es dem auf dem linken Zentrumsflügel stehenden Wirth, eine von den Parteien der Weimarer Koalition getragene Reichsregierung zu bilden, was erneut die Schlüsselrolle des Zentrums in der deutschen Innenpolitik bestätigte. Während die Beziehungen zwischen Wirth und Stegerwald im Sommer 1921 äußerst gespannt blieben, befand sich das Zentrum aufgrund seiner Bindungen nach links im Reich und nach rechts in Preußen in einer außergewöhnlich günstigen Lage zur Verwirklichung der von Stegerwald in Essen dargelegten Ziele[69].

Wegen der starken Inanspruchnahme Stegerwalds als preußischer Ministerpräsident war es ihm, Brüning und den Führern der christlichen Gewerkschaftsbewegung erst im Spätsommer und Frühherbst 1921 möglich, ihre Bemühungen um eine Erneuerung des deutschen Parteiwesens wiederaufzunehmen. Den äußeren Anlaß dazu lieferte wiederum Erzberger, der im Herbst 1920 unter dem Druck Trimborns und der Zentrumsführung von seiner Rückkehr in die Politik abgesehen hatte[70], sich jetzt aber erneut darum bemühte, den politischen Vordergrund zu erreichen[71]. Stegerwald machte aus seiner Feindseligkeit gegenüber dem ehemaligen Reichsfinanzminister überhaupt kein Hehl und griff ihn am 29. Juni auf einer Sitzung des Zentrums-Reichsausschusses scharf an, wobei er behauptete, daß eine Rückkehr Erzbergers auf die politische Bühne katastrophale Folgen für die politische Entwicklung Deutschlands haben würde[72]. In einem langen Brief an den Prälaten Josef Schofer, den Vorsitzenden der badischen Zentrumspartei und einen der treuesten Anhänger Erzbergers, begründete Stegerwald seine Opposition zur politischen Rehabilitierung Erzbergers auch mit seinen eigenen Bemühungen um eine Konsolidierung der deutschen Mitte. „Eine Stärkung der

---

[68] Zur Berufung Stegerwalds als Preußischer Ministerpräsident im April 1921 vgl. den Entwurf seines Briefes an Mühlenkamp, 8. Oktober 1921, NL Stegerwald, sowie seinen Aufsatz, Mein Rücktritt, in: Der Deutsche, Nr. 188 (8. November 1921).

[69] Brüning, Memoiren, S. 75–76.

[70] Zur Behandlung der Erzberger-Frage im Herbst 1920 vgl. die Erklärung Trimborns auf der Sitzung des Reichsausschusses der Zentrumspartei, 31. Oktober–1. November 1920, BA NL ten Hompel, 16.

[71] Zur politischen Tätigkeit Erzbergers im Frühjahr und Sommer 1921 vgl. Klaus Epstein, Matthias Erzberger und das Dilemma der deutschen Demokratie, Berlin und Frankfurt/Main 1962, S. 414–28.

[72] Aufzeichnungen über eine Sitzung des Reichsausschusses der Zentrumspartei, 29. Juni 1921, BA NL ten Hompel, 16. Vgl. ferner die Ausführungen Stegerwalds auf einer Fraktionssitzung der Zentrumspartei, 16. Juni 1921, ebenda, und Wirth, Zur Polarisierung der Kräfte in der Zentrumspartei, S. 343–46.

Jahrgang 27 (1979), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Mitte", erklärte Stegerwald, „halte ich, ganz gleich ob dies Zentrum, christliche Volkspartei oder sonst sich nennen möge, wie in Essen ausgeführt, für eine Lebensnotwendigkeit, wenn wir die nächsten zehn Jahre ohne Bürgerkrieg oder sonstige Katastrophen politisch bestehen wollen . . . Die Mitte muß unter allen Umständen gestärkt werden, wenn unsere nationale, wirtschaftliche, soziale und kulturelle Entwicklung gesunden soll." Dazu müßten aber, so fuhr Stegerwald fort, erstens die politischen und organisatorischen Bindungen zwischen Zentrum und Bayerischer Volkspartei wiederhergestellt, zweitens der Rechtsabmarsch „anständiger Elemente aus dem Zentrum" gestoppt und „die besten Kreise zur Mitte herübergezogen" und drittens die katholischen Arbeitermassen von links zurückgewonnen werden. Zum Erfolg dieser Strategie gehörten noch drei weitere Bedingungen, und zwar die positive Mitwirkung der katholischen Kirche, eine schlagkräftige und leistungsfähige christliche Arbeiterbewegung und eine politische Koalition auf Reichsebene, „in der eine stark ethisch orientierte Mittelpartei die Führung hat und nicht das äußerste rechte Schwanzstück abgibt". „Keine der drei Möglichkeiten zur Stärkung der Mitte", betonte Stegerwald zum Schluß, „sind, soweit ich die Dinge übersehe, erreichbar, wenn Erzberger in absehbarer Zeit wieder eine aktive Rolle in der Politik spielt."[73]

Obwohl Stegerwald seit langem die Notwendigkeit einer verstärkten und lebensfähigen Mitte erkannt hatte, stand der zunehmende Eifer, mit dem er im Sommer und Frühherbst 1921 dieses Ziel verfolgte, in direkter Beziehung zu der Möglichkeit, daß es Erzberger gelingen könnte, seinen früheren Einfluß in der deutschen Innenpolitik wiederzugewinnen. Stegerwalds Reaktivierung des „Essener Programms" war aber nicht nur durch den Wunsch motiviert, Erzbergers politische Rehabilitierung zu blockieren, sondern stellte auch einen Schritt zur Schaffung einer neuen politischen Basis für die christliche Arbeiterbewegung dar, sollte das Zentrum wiederum unter den Einfluß Erzbergers und des linken Parteiflügels geraten. Die Lage innerhalb des DGB war freilich kompliziert: Die enge Zusammenarbeit zwischen Reichskanzler Wirth und den Mehrheitssozialdemokraten erschwerte den christlichen Gewerkschaften die Abwehr der Agitation der gegnerischen freien Gewerkschaften[74], andererseits gefährdete der tiefe ideologische Riß zwischen jenen, die dem Zentrum nahestanden und also die republikanische Ordnung bejahten, und den unter deutschnationalem Einfluß stehenden Gruppen, die die Weimarer Republik als Symbol der nationalen Demütigung Deutschlands ablehnten, ernsthaft die Lebensfähigkeit der christlichen Gewerkschaftsbewegung. In diesem Zusammenhang machte sich die DGB-Führung besondere Sorgen über die engen Verbindungen, die sich Mitte 1921 zwischen einer der größten DGB-Gewerkschaften, dem Zentralverband der Landarbeiter unter der Führung von Franz Behrens, und dem politisch reaktionären

---

[73] Stegerwald an Schofer, 3. August 1921, NL Stegerwald.

[74] Brüning an Stegerwald, 4. August 1921, NL Stegerwald.

Jahrgang 27 (1979), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Reichs-Landbund (RLB) entwickelt hatten[75]; damit drohte die noch größere Gefahr, daß der Kampf um Deutschlands nationale Befreiung, falls sich die derzeitige Entwicklung weiter fortsetzte, ausschließlich unter die Führung der DNVP und der sozialreaktionären Kräfte auf der deutschen Rechten geriet. In einem Brief, der als besonders aufschlußreich für seine spätere Einstellung zum deutschen Parteiwesen gelten kann, schrieb Brüning an seinen Mentor Stegerwald:

> „Das Ziel muß dabei sein die Pflege des nationalen Gedankens, d. h. die Stärkung des Willens, unter allen Umständen Deutschlands Freiheit wieder zu erringen. Dies darf nicht den Deutschnationalen und den gelben Gewerkschaften überlassen werden. Das Prinzip, was Herr Minister [Stegerwald] in Essen ausgesprochen haben, halte ich heute wie früher für das einzige richtige, und das ist die Schaffung einer großen christlichen nationalen Mittelpartei. Dieses Ziel läßt sich nur durch Sprengung der deutschnationalen Partei verwirklichen. Darauf arbeite ich mit allen Kräften, soweit es im Bereich meiner Möglichkeiten liegt, hin ... Gelingt es, die deutschnationale Partei zu sprengen, dann ist die Möglichkeit, mit einem Schlage große Massen aus der Sozialdemokratie herauszuholen, gegeben, und es ist dann nicht zu befürchten, daß der Versuch, der jetzt immer stärker hervortritt, sogenannte katholische Politik zu machen, zu einer lebensfähigen Entwicklung kommt."[76]

Besonders auffallend an diesem Brief ist Brünings offene Feindseligkeit gegenüber der DNVP und seine Entschlossenheit, die DNVP zur Verwirklichung der Ziele des „Essener Programms" zu spalten. Brünings Brief zeigt auch die tiefsitzende Gegnerschaft, die sich zwischen dem Zentrum und der DNVP entwickelt hatte und die durch die Ermordung Erzbergers am 26. August 1921 durch Rechtsextremisten erheblich verstärkt wurde. Welche Hoffnungen Brüning und Stegerwald aber auf eine Spaltung der DNVP durch die Schaffung einer neuen Mittelpartei ursprünglich gesetzt haben mögen, sie erlitten jedenfalls einen schweren Rückschlag, als Anfang September Martin Spahn, Stegerwalds ehemaliger Mentor und eine der führenden Persönlichkeiten auf dem rechten Zentrumsflügel, eine kleine Sensation auslöste, indem er auf dem deutschnationalen Parteitag in München seinen Übertritt zur DNVP bekanntgab[77]. Angesichts der früheren Beziehungen zwischen Spahn und Stegerwald gab der Übertritt Spahns

---

[75] Zu den Beziehungen zwischen dem ZdL und dem RLB vgl. die Rede von Behrens, Landarbeiterbewegung und Wirtschaftsfrieden, auf einer ZdL-Tagung in Berlin, 8. Dezember 1921, in: Die christlich-nationale Landarbeiterbewegung und die Hebung der landwirtschaftlichen Produktion als Voraussetzung des deutschen Wiederaufstieges. Drei Vorträge, Schriftenreihe des Zentralverbandes der Landarbeiter, Nr. 13, Berlin 1922, S. 27–40.

[76] Brüning an Stegerwald, 4. August 1921, NL Stegerwald.

[77] Spahn, Der Weg zur deutschen Rechten, Rede auf dem dritten Parteitag der Deutschnationalen Volkspartei in München am 2. Sept. 1921, Deutschnationale Flugschriften, Nr. 115, Berlin 1921; ferner derselbe, Mein Wechsel der politischen Partei, in: Das neue Reich, Jg. 3, Nr. 8 (20. November 1921), S. 136–39.

Jahrgang 27 (1979), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Anlaß zu der Spekulation, daß Stegerwald und andere konservative Katholiken seinem Beispiel bald folgen würden. Diese Gerüchte erwiesen sich aber als völlig unbegründet, denn unmittelbar nach der Ermordung Erzbergers hatte sich Stegerwald im Interesse der allgemeinen Parteisolidarität mit Reichskanzler Wirth versöhnt, und zwar auf der Grundlage seiner in Essen vertretenen Auffassung über die Notwendigkeit einer verstärkten Mitte[78]. Gleichzeitig distanzierte sich Stegerwald sogleich eindeutig von den Angriffen Spahns auf das Zentrum und auf die Konzeption einer kräftigen Mitte[79].

Am 5. September 1921 veröffentlichte die Führung des Deutschen Gewerkschaftsbundes als Grundlage für eine Wiederaufnahme der Bestrebungen zur Verwirklichung des „Essener Programms" Stegerwalds einen Aufruf, der das überhitzte innenpolitische Klima Deutschlands bitter beklagte und die dem DGB angeschlossenen Gewerkschaften aufforderte, „in vollster Opferwilligkeit" für die Durchführung der Essener Ziele einzutreten[80]. Dieser Aufruf fand nicht nur den Beifall christlicher Gewerkschaftsführer im Rheinland und Ruhrgebiet[81], sondern überraschenderweise auch bei der Führung des rechtsstehenden Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verbandes[82]. Solch positive Aufnahme wurde aber durch zunehmende Opposition von Joseph Joos und der Führung der Katholischen Arbeiter-Bewegung weitgehend entwertet. Die Beziehungen zwischen dem GCG und der Katholischen Arbeiter-Bewegung waren trotz einer offiziellen Versöhnung im Herbst 1919[83] niemals besonders eng gewesen, und am 23. September 1921 veröffentlichte Joos einen scharfen Angriff auf Stegerwald, den er beschuldigte, die christlichen Gewerkschaften als Plattform für seine eigenen politischen Ambitionen benutzt zu haben[84]. Die starke Zustimmung, die Joos' Ausführungen in manchen Parteikreisen fanden, veranlaßte Stegerwald – am 27. September auf einer Sitzung der Zentrums-Reichstagsfraktion – seine Auffassungen über die zukünftige Entwicklung des deutschen Parteiensystems erneut zu verteidi-

---

[78] Stegerwald an Joos, 22. September 1921, NL Stegerwald.

[79] Der Deutsche, Nr. 136 (8. September 1921).

[80] Der Deutsche, Nr. 136 (8. September 1921).

[81] Der Deutsche, Nr. 141 (14. September 1921). Vgl. Stegerwalds Politik und die christlichen Gewerkschaften, in: Zentralblatt, Jg. 21, Nr. 20 (26. September 1921), S. 289–92.

[82] Hans Bechly, Der Wille der nationalen Arbeiterbewegung, in: Deutsche Handels-Wacht, Zeitschrift des Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verbandes, Jg. 28, Nr. 35 (21. September 1921), S. 297–98.

[83] Im November 1919 hatten die Führer der Katholischen Arbeitervereine ihren Streit mit den christlichen Gewerkschaften offiziell beendet und ihren Mitgliedern erlaubt, in die dem GCG angeschlossenen interkonfessionellen Gewerkschaften einzutreten. Vgl. Das Ende des Gewerkschaftsstreites, in: Zentralblatt, Jg. 19, Nr. 23 (10. November 1919), S. 186.

[84] Joos, Die Verantwortung Stegerwalds, in: Germania, Nr. 587 (23. September 1921). Vgl. auch Joos, Das Zentrum am Scheidewege, in: Westdeutsche Arbeiter-Zeitung, 17. September 1921, sowie Oswald Wachtling, Joseph Joos. Journalist, Arbeiterführer, Zentrumspolitiker. Politische Biographie 1878–1933, Mainz 1974, S. 80–85.

Jahrgang 27 (1979), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

gen[85]. In einem am gleichen Tage in der Zentrumspresse erschienenen Aufsatz über die „Neuorientierung des Parteiwesens" gab Stegerwald aber widerwillig zu, daß der Zeitpunkt für die Gründung einer christlich-nationalen Volkspartei nach dem Modell des „Essener Programms" im Augenblick verpaßt sei, was man nur als einen Rückzug von seinem bisher vertretenen Standpunkt interpretieren konnte. Wohl wiederholte Stegerwald seine alte Forderung nach der Schaffung einer dauerhaften politischen Gemeinschaft zwischen katholischen und evangelischen Christen, aber diesmal lehnte er die Gründung einer neuen politischen Partei ausdrücklich ab[86]. Zwar stand der resignierte Ton des Aufsatzes noch in scharfem Gegensatz zu den privaten Äußerungen Stegerwalds und Brünings über die Notwendigkeit einer großen neuen Mittelpartei, doch spiegelte die öffentliche Zurückhaltung Stegerwalds nicht nur die Verschlechterung der Aussichten für eine durchgreifende Reform und Umstrukturierung des deutschen Parteiwesens wider, sondern auch seinen eigenen Wunsch, die seit der Ermordung Erzbergers besonders prekäre Lage im Zentrum nicht weiter zu verschlimmern. Darüber hinaus wollte Stegerwald die Bemühungen Wirths um die Einbeziehung der Mehrheitssozialdemokraten in die Reichsregierung nicht komplizieren, zumal er von der Bildung einer „Großen Koalition" von den Sozialdemokraten bis zur Deutschen Volkspartei die für Deutschland und die demokratische Mitte so unerläßliche Stabilität erhoffte[87].

So sehr aber Spahns Übertritt zur DNVP, die heftige Opposition von Joos und der Katholischen Arbeiter-Bewegung und die äußerst unsichere Situation im Zentrumslager dazu beitrugen, den Bestrebungen Stegerwalds zur Reform und Neugestaltung des deutschen Parteiwesens die Stoßkraft zu nehmen, der Rückschlag, den Stegerwald und Brüning mit ihren Plänen für die organisatorische Entwicklung des Deutschen Gewerkschaftsbundes erlebten, stellte einen Faktor von nicht geringerer Bedeutung dar. Seit der Gründung des DGB hatte Stegerwald immer wieder behauptet, das Bestehen einer geschlossenen und schlagkräftigen christlichen Gewerkschaftsbewegung sei eine unerläßliche Voraussetzung für die Umgestaltung des deutschen Parteiwesens nach dem Modell des „Essener Programms". Daher suchten Stegerwald und Brüning den DGB in einen straff organisierten und zentralisierten politischen Dachverband umzubilden, der im-

---

[85] Aufzeichnung über die Fraktionssitzung der Zentrumspartei, 27. September 1921, BA NL ten Hompel, 15.

[86] Stegerwald, Neuorientierung des Parteiwesens, in: Germania, Nr. 598 (27. September 1921).

[87] Zu den Bemühungen Wirths um eine Umbildung seiner Regierung im Herbst 1921 vgl. Ernst Laubach, Die Politik der Kabinette Wirth 1921/22, Lübeck und Hamburg 1968; ferner Lothar Albertin, Die Verantwortung der liberalen Parteien für das Scheitern der Großen Koalition im Herbst 1921, in: Historische Zeitschrift 205 (1967), S. 566–627. Zur Stellungnahme Stegerwalds vgl. den Entwurf seines Briefes an Mühlenkamp, 8. Oktober 1921, NL Stegerwald, sowie seinen Aufsatz: Zur Vorgeschichte der großen Koalition, in: Kölnische Volkszeitung, 12. März 1922.

Jahrgang 27 (1979), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

stande sein würde, auf die politische Entwicklung Deutschlands einen unmittelbaren und dauernden Einfluß auszuüben. „Bin ich richtig orientiert", schrieb Brüning Ende September 1921 in einem vertraulichem Exposé an Stegerwald, „so bestand die Absicht, bei voller Aufrechterhaltung der Selbständigkeit der drei Gesamtverbände dahin zu arbeiten, daß eine immer stärkere Gesinnungsgemeinschaft sich ergibt, aufgrund deren der geschäftsführende Vorstand des Deutschen Gewerkschaftsbundes in der Lage sein würde, der kommenden Entwicklung vorzuarbeiten und eine rechtzeitige Einstellung der Gesamtbewegung auf eine einheitliche Marschroute herbeizuführen." In diesem Sinne schlug Brüning eine Reihe organisatorischer Maßnahmen vor, die die Entscheidungs- und Machtbefugnisse der drei großen Gesamtverbände, die den DGB bildeten, zugunsten des geschäftsführenden Vorstandes des DGB einschränken sollten. Darüber hinaus regte Brüning die Bildung eines parlamentarischen Aktionskomitees an, das die parlamentarische Tätigkeit der DGB-Vertreter koordinieren sollte. Als Vorsitzender dieses Gremiums war Brüning selbst vorgesehen, während Stegerwald – mit Thiel und Gutsche als seinen Stellvertretern – den Vorsitz des geschäftsführenden Vorstandes übernehmen sollte[88].

Brünings Memorandum stellte einen entschlossenen Versuch dar, dem Deutschen Gewerkschaftsbund jene organisatorische Struktur zu geben, die er und Stegerwald als unerläßliche Voraussetzung für die Verwirklichung des „Essener Programms" und für eine zielbewußte und wirksame Gewerkschaftspolitik ansahen. In den nächsten Monaten stießen jedoch Brünings Pläne für eine Reorganisierung des DGB bei den Führern der zahlenmäßig stärksten und einflußreichsten christlichen Gewerkschaften aus den westlichen Teilen Deutschlands auf so heftigen Widerstand, daß sie schließlich aufgegeben werden mußten, was Brüning so erzürnte, daß er zum 1. Januar 1922 um seine Entlassung als DGB-Geschäftsführer bat[89]. Während Bechly und die Führung der dem DGB angeschlossenen Angestelltengewerkschaften anscheinend bereit waren, den organisatorischen Vorschlägen Brünings zuzustimmen und für sie sogar große finanzielle Mittel freizumachen, wenn Stegerwald an der Spitze der Bewegung blieb[90], waren die maßgeblichen christlichen Gewerkschaftsführer aus dem Westen fest entschlossen, jeden Eingriff der DGB-Führung in ihre eigenen Entscheidungsbe-

---

[88] Brüning an Stegerwald, 24. September 1921, NL Stegerwald.

[89] Brüning an den Vorstand des Deutschen Gewerkschaftsbundes, 23. November 1921, NL Stegerwald.

[90] Bechly an Stegerwald, 28. September 1921, NL Stegerwald. Als weiteres Anzeichen für die breite Unterstützungsbasis, die Stegerwald innerhalb des DHV und seiner angeschlossenen Angestelltengewerkschaften genoß, vgl. den von Zimmermann verfaßten Bericht über Stegerwalds Rede auf dem Deutschen Handlungsgehilfen-Tag in Essen, 15. Oktober 1921, in: Deutsche Handels-Wacht, Jg. 28, Nr. 37 (26. Oktober 1921). S. 313–15. Innerhalb der Zentrumspartei wurden die freundschaftlichen Beziehungen zwischen Stegerwald und denjenigen Arbeitnehmerkreisen, die rechts vom Zentrum standen, scharf kritisiert. Vgl. Stegerwald an Bechly, 3. Oktober 1921, NL Stegerwald.

Jahrgang 27 (1979), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

fugnisse zu bekämpfen. Um ihre Opposition gegen die vorgesehene Reorganisierung des DGB zu unterstreichen, boykottierten sie also die Sitzung des DGB-Ausschusses am 26. September, als die Vorschläge Brünings beraten und vorläufig gebilligt wurden[91]. Der Widerstand gegen die beabsichtigte Reorganisierung des DGB ging vor allem von Heinrich Imbusch vom Gewerkverein christlicher Bergarbeiter aus sowie von Franz Wieber vom Christlichen Metallarbeiterverband, die der zunehmenden Politisierung der christlichen Gewerkschaftsbewegung unter der Führung Stegerwalds äußerst kritisch gegenüberstanden. Insbesondere kritisierte Imbusch den Beschluß, das Generalsekretariat des GCG von Köln nach Berlin zu verlegen, und den Einfluß, den Intellektuelle wie Brüning und Theodor Brauer auf Stegerwald und die Führung des DGB angeblich ausübten[92]. Am Ende erwies sich die Opposition Imbuschs und seiner Anhänger als stark genug, um Stegerwald und die Berliner DGB-Führung von Brünings Plänen einer hochzentralisierten Gewerkschaftsstruktur zugunsten eines Organisationsprinzips abzubringen, das die Macht- und Entscheidungsbefugnisse der drei dem DGB angeschlossenen Gesamtverbände weitgehend unberührt ließ[93].

Brüning zog schließlich seine Kündigung als DGB-Geschäftsführer wieder zurück. Aber die Ablehnung seiner Organisationspläne für den Deutschen Gewerkschaftsbund hatte deutlich gezeigt, daß nicht einmal Stegerwalds Mitarbeiter in der christlichen Gewerkschaftsbewegung bereit waren, den weitreichenden organisatorischen Veränderungen zuzustimmen, die er und Brüning als conditio sine qua non für die Durchführung des „Essener Programms" betrachteten. So mußte Stegerwald, obwohl ihn sein Rücktritt Anfang November 1921 durchaus instand gesetzt hätte, der Verwirklichung der in Essen verkündeten Zielvorstellungen seine ungeteilte Aufmerksamkeit zu widmen, einige Monate warten, bis er sich erneut dem Thema einer Reform des deutschen Parteiwesens zuwenden konnte. Stegerwalds zunehmende Apathie bezüglich des „Essener Programms" ging aber nicht nur auf seine Enttäuschung über die jüngsten Ereignisse innerhalb des Deutschen Gewerkschaftsbundes zurück, sondern erklärte sich auch daraus, daß die von ihm in Essen vertretenen Grundsätze in die neuen politischen Richtlinien, die von der Zentrumspartei Mitte Januar 1922 auf dem zweiten

---

[91] Bechly an Stegerwald, 28. September 1921, NL Stegerwald. Vgl. auch Brünings Exposé vom 24. November 1921 als Anlage zu seinem Brief an den DGB-Vorstand, 23. November 1921, NL Stegerwald.

[92] Zu den möglichen Gründen für die Stellungnahme Imbuschs vgl. seine Ausführungen auf einer vertraulichen Sitzung des Hauptvorstandes des Gewerkvereins christlicher Bergarbeiter, 14. Mai 1928, Archiv des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Düsseldorf, Nachlaß Imbusch. Zum gespannten Verhältnis zwischen dem GCG und dem Gewerkverein christlicher Bergarbeiter im Herbst 1921, vgl. Zentralblatt, Jg. 21, Nr. 24 (21. November 1921), S. 354–55.

[93] Exposé von Brüning, 24. November 1921, als Anlage zu seinem Brief an den DGB-Vorstand, 23. November 1921, NL Stegerwald.

Jahrgang 27 (1979), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Reichsparteitag in Berlin gebilligt wurden[94], größtenteils aufgenommen worden waren[95]. Stegerwald war an der Formulierung der neuen Richtlinien direkt beteiligt, und nach ihrer Vorlage auf dem Berliner Parteitag lobte er sie und insbesondere die Kennzeichnung des Zentrums als „Gesinnungsgemeinschaft auf positiv christlicher Grundlage", die katholischen und evangelischen Christen gleichermaßen offenstehe, als einen bedeutenden Schritt zur Überwindung der konfessionellen Gegensätze, die seit Jahrzehnten die deutsche Innenpolitik belastet hätten[96]. Als Stegerwald also später auf das Thema „Essener Programm" zurückkam – zuerst Anfang März auf einer Versammlung von Zentrums-Arbeiterwählern in Bochum[97] und dann anschließend in einem Aufsatz für die offiziöse Parteipresse[98] –, beschränkte er sich auf eine allgemeine Kritik des bestehenden Parteiensystems, ohne seine früheren Aufrufe zur Bildung einer interkonfessionellen christlichen Volkspartei überhaupt zu erwähnen.

Als er 1926 auf dem Dortmunder Kongreß der christlichen Gewerkschaften Bericht über das Schicksal des „Essener Programms" erstattete, führte Stegerwald die zunehmende innenpolitische Polarisierung nach dem Kapp-Putsch, die Versteifung der konfessionellen Gegensätze infolge des Erzberger-Helfferich-Prozesses, die ungelegenen Todesfälle von Trimborn und Hitze sowie die Ermordung Erzbergers, die erzwungene Abtrennung Oberschlesiens, die Ruhrbesetzung und die galoppierende Inflation der frühen 20er Jahre als Faktoren an, die eine Verwirklichung der Essener Ziele nahezu unmöglich gemacht hätten. „In einer solchen Zeit der Verwirrung", so sagte Stegerwald, „konnte sich der geistige Umdenkungsprozeß des deutschen Volkes nicht vollziehen. Die politischen und konfessionellen Gegensätze waren durch die Ereignisse wieder wachgerufen."[99] Nun haben jene Faktoren der Schaffung einer neuen politischen Partei nach dem Modell des „Essener Programms" zweifelsohne entgegengewirkt, aber Stegerwalds eigenes Zögern, die in Essen vorgetragenen Vorstellungen bis zu ihrem notwendigen und logischen Ende zu verfolgen, stellte ein Hindernis von weitaus größerer Bedeutung dar. Denn in der Tat beschränkte sich die Tätigkeit Stegerwalds, abgesehen von gelegentlichen Auftritten vor den Führungsgremien seiner eigenen Partei, fast ausschließlich auf die Verkündung öffentlicher Aufrufe zur

---

[94] Offizieller Bericht des zweiten Reichsparteitages der Deutschen Zentrumspartei, Tagung zu Berlin vom 15. bis 17. Januar 1922, hrsg. vom Generalsekretariat der Deutschen Zentrumspartei, Berlin o. J. (1922), S. 61–69, 72–82. Vgl. auch Morsey, Zentrumspartei, S. 430–42.

[95] Vgl. vor allem die Darstellung von Schorr, Stegerwald, S. 75–78.

[96] Kölnische Volkszeitung, 21. Januar 1922.

[97] Kölnische Volkszeitung, 6. März 1922.

[98] Stegerwald, Das Essener Programm, in: Germania, Nr. 216 (1. April 1922).

[99] Stegerwald, Die christlichen Gewerkschaften und die Gestaltung des deutschen Volkslebens, in: Niederschrift der Verhandlungen des 11. Kongresses der christlichen Gewerkschaften Deutschlands. Abgehalten vom 17. bis 20. April 1926 in Dortmund, Berlin-Wilmersdorf 1926, S. 221–24.

Jahrgang 27 (1979), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Reform und Neugestaltung des deutschen Parteiwesens; offensichtlich hoffte er, die allgemeine Reaktion werde stark genug sein, um die Führer der bestehenden bürgerlichen Parteien zum Handeln zu zwingen. Außerdem bestand eine nicht zufällige Beziehung zwischen der Intensität, mit der sich Stegerwald für die Schaffung einer neuen politischen Partei einsetzte, und der Möglichkeit, daß Erzberger wieder eine führende Rolle in der Zentrumspartei spielte, für welchen Fall Stegerwald fest entschlossen war, sich und den christlichen Gewerkschaften eine neue politische Basis zu schaffen. Es war daher auch kein Zufall, daß Stegerwald im Spätsommer und Frühherbst 1921 – also unmittelbar nachdem Erzberger endgültig von der politischen Bühne hatte abtreten müssen – die Vorstellungen des „Essener Programms" so zu definieren begann, daß die Aufforderung zur Gründung einer neuen politischen Partei mehr oder weniger unauffällig in den Hintergrund rückte.

Im Grunde läßt sich aber Stegerwalds allmähliche Distanzierung vom Ziel einer interkonfessionellen christlichen Volkspartei nur dadurch erklären, daß er nicht recht wußte, wie eine durchgreifende Reform und Umstrukturierung des deutschen Parteiensystems eigentlich erreicht werden sollte. Aus einer positiveren Perspektive betrachtet, hing Stegerwalds Entscheidung vom Frühjahr 1922, auf die Gründung einer interkonfessionellen Mittelpartei endgültig zu verzichten, jedoch auch damit zusammen, daß die drei spezifischen Probleme, die ihn zu seinem Essener Aufruf im Herbst 1920 veranlaßt hatten, inzwischen weitgehend gelöst worden waren. Stegerwald hatte die Ziele des „Essener Programms" ja ursprünglich als Reaktion auf die für die christliche Gewerkschaftsbewegung verhängnisvollen innerparteilichen Krisen formuliert, in denen sich nicht nur das Zentrum, sondern auch die DVP und die DNVP in den Anfangsjahren der Weimarer Republik befanden. Inzwischen hatte sich die Lage gebessert. Die neuen politischen Richtlinien, die das Zentrum Anfang 1922 erließ, umfaßten Gedanken, die Stegerwald seit Ausbruch des Ersten Weltkrieges verfochten hatte, und die Konzeption des Zentrums war nun mit den Grundvorstellungen Stegerwalds völlig vereinbar. Auf der anderen Seite wandten die scharfe Abfuhr, die Stresemann den Führern der „gelben" Gewerkschaften im Herbst 1922 erteilte, und der daraufhin erfolgte Übertritt Geislers zur DNVP die Gefahr zumindest vorübergehend ab, daß die DVP unter die Herrschaft derjenigen Elemente geriet, die den christlichen Gewerkschaften am unversöhnlichsten gegenüberstanden[100]. Gleichermaßen bedeutete der Ausschluß der Völkischen um Reinhold Wulle und Ernst Graf von Reventlow, den die DNVP auf dem Görlitzer Parteitag im Oktober vollzog, daß der Abrutsch dieser Partei ins rechtsradikale Lager zeitweilig aufgehalten war, was auch einen gewissen Erfolg für die Führer der christlichen

---

[100] Vgl. dazu Otto Thiel, Deutsche Volkspartei, in: Internationales Handwörterbuch des Gewerkschaftswesens, hrsg. von Ludwig Heyde, 2 Bde., Berlin 1931 u. 1932, Bd. I, S. 347–49, sowie Fritz Geisler, Eine Warnung an die Deutsche Volkspartei, in: Hallesche Zeitung, 12. September 1922.

Jahrgang 27 (1979), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Gewerkschaftsbewegung darstellte[101]. Daß Stegerwald bei der Bildung der „Arbeitsgemeinschaft der verfassungstreuen Mitte" zwischen Zentrum, DVP und DDP Ende Juli 1922 eine führende Rolle spielte[102], konnte ebenfalls nur dazu beitragen, ihn von seinem ursprünglichen Ziel einer interkonfessionellen Mittelpartei abzulenken. Die Bildung dieser Arbeitsgemeinschaft trug ja in der Tat, wenngleich die DNVP – und insbesonder diejenigen Parteimitglieder, die den christlichen Gewerkschaften nahestanden – versuchte, Stegerwalds Bemühungen um engere Beziehungen zwischen den deutschen Mittelparteien mit der Behauptung entgegenzuwirken, die Bildung einer wahrhaft nationalen Front könne nur auf Grundlage einer vereinigten deutschen Rechten erfolgen[103], zur Stabilisierung der parteipolitischen Verhältnisse Deutschlands während der Krisenjahre 1923–24 wesentlich bei und erschien somit als eine teilweise Verwirklichung der von Stegerwald in Essen verkündeten Ziele.

Zunächst gewiß aufsehenerregend, gelang es dem „Essener Programm" jedoch nicht, jene breite politische Unterstützung zu gewinnen, die zur Verwirklichung erforderlich gewesen wäre, so daß es schließlich kaum mehr war als ein Modell für spätere konservative Bestrebungen zur Erneuerung und Umgestaltung des deutschen Parteiwesens. Erst mit der Gründung der Christlich-Demokratischen Union nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges sollten die Ziele des „Essener Programms" in politische Wirklichkeit umgesetzt werden[104]. Zwar hatte Stegerwald mit seinem „Mahnruf von Essen" auf die verhängnisvolle Entwicklung des deutschen Parteiensystems rechtzeitig hingewiesen, aber es fehlte ihm jede konkrete Vorstellung, wie eine durchgreifende Reform und Umstrukturierung der parteipolitischen Verhältnisse Deutschlands in die Wege zu leiten sei. Als er sich Anfang 1922 zur bitteren Enttäuschung Brünings und seiner engsten Mitarbeiter im Deutschen Gewerkschaftsbund von den Zielen des „Essener Programms" zunehmend distanzierte[105], hielt indes die Unzufriedenheit der christlichen Ge-

---

101 Vgl. den Brief von Diller an Glatzel, 13. November 1922, Hamburger Forschungsstelle für die Geschichte des Nationalsozialismus, Hamburg, Nachlaß Alfred Diller, 22.

102 Vgl. Stegerwald, Vom Partei- und Koalitionswesen, in: Germania, Nr. 396 (18. Juli 1922), wiederabgedruckt in: Stegerwald, Zusammenbruch und Wiederaufbau, Berlin 1922, S. 16–25, sowie Brauns, Deutschlands innenpolitisches Elend, in: Germania, Nr. 393 (16. Juli 1922), und derselbe, Die Verfassungspartei, in: Germania, Nr. 395 (18. Juli 1922), beide wiederabgedruckt in: Heinrich Brauns, Katholische Sozialpolitik im 20. Jahrhundert. Ausgewählte Aufsätze und Reden, hrsg. von Hubert Mockenhaupt, Mainz 1976, S. 101–07.

103 Vgl. dazu vor allem Walther Lambach, Die breitere Front im politischen Kampf, Deutschnationale Flugschriften, Nr. 132, Berlin 1922, S. 22, sowie Hans-Erdmann von Lindeiner-Wildau, Stegerwald und die große Rechte, in: Der Tag, 15. Juni 1922.

104 Zur Rolle, die das „Essener Programm" bei der Gründung der CDU gespielt haben soll, vgl. Leo Schwering, Frühgeschichte der Christlich-Demokratischen Union, Recklinghausen 1963, S. 49 ff., sowie den programmatischen Vortrag von Stegerwald, Wohin gehen wir?, Würzburg 1945, S. 32–64.

105 Vgl. dazu Hermann Ullmann, Das Essener Programm. November 1920, in: Deutsche Rundschau 77 (1950), S. 897–903.

Jahrgang 27 (1979), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

werkschaftsführer mit dem bestehenden Parteiensystem noch an[106]. Das Auftreten bürgerlicher Interessenparteien gegen Ende der zwanziger Jahre ließ die Krise des deutschen Parteiensystems immer deutlicher werden[107]. Gleichzeitig wurde klar, daß es den christlichen Gewerkschaften niemals gelungen war, aus dem politischen Engpaß herauszufinden, in dem sie seit der Entstehung der Weimarer Republik steckten[108]. Mit der Wahl Alfred Hugenbergs zum DNVP-Vorsitzenden im Herbst 1928 und ein Jahr später mit dem Tode Gustav Stresemanns begannen sich die Beziehungen zwischen den christlichen Gewerkschaften und jenen nichtkonfessionellen bürgerlichen Parteien, mit denen sie ihre sozialen und politischen Ziele ursprünglich zu verwirklichen gesucht hatten, endgültig aufzulösen, so daß am Ende nur noch das Zentrum und der vom linken Flügel der DNVP abgespaltene Christlich-soziale Volksdienst als zuverlässige politische Stützen übrigblieben[109]. Unter diesen Umständen zögerte Stegerwald nicht, die Erinnerung an das „Essener Programm" zu beschwören und damit die Gründung einer neuen politischen Partei anzudrohen, nachdem er im Dezember 1928 gegen Ludwig Kaas in einem erbitterten Kampf um den Vorsitz der Zentrumspartei unterlegen war[110]. Auch blieben die Ziele des „Essener Programms" mitbestimmend für die Einstellung Brünings zur DNVP und zum deutschen Parteiwesen, als der frühere Schützling Stegerwalds im März 1930 das Amt des Reichskanzlers antrat; es gibt sogar einige Hinweise darauf, daß Brüning nach den Reichstagswahlen vom September 1930 Stegerwald aufforderte, als Reichsarbeitsminister zurückzutreten und sich erneut der Verwirklichung seiner zehn Jahre zuvor in Essen verkündeten Ziele zu widmen[111]. Solche verspäteten Versuche zur Neube-

---

[106] Kaiser an Sedlmayr, 22. Februar 1924, BA NL Kaiser, 250.

[107] Zur Reaktion Stegerwalds auf die zunehmende Auflösung des Weimarer Parteiensystems vgl. Stegerwald, Zur deutschen Parteienkrise, in: Germania, Nr. 313 (9. Juli 1927).

[108] Einen allgemeinen Überblick bietet Ellen L. Evans, Adam Stegerwald and the Role of the Christian Trade Unions in the Weimarer Republic, in: Catholic Historical Review 54 (1974), S. 602–26.

[109] Besonders instruktiv ist das Beispiel des DHV. Vgl. dazu Larry Eugene Jones, Between the Fronts. The German National Union of Commercial Employees from 1928 to 1933, in: Journal of Modern History 48 (1976), S. 462–82.

[110] Stegerwald, Zentrumspartei, Arbeiterschaft, Volk und Staat, Berlin-Wilmersdorf, 1928, S. 10–11.

[111] Als besonders aufschlußreich für die spätere Einstellung Brünings zum deutschen Parteiwesen gilt der Brief, den er am 20. Mai 1958 an Wilhelm Simpfendörfer, den ehemaligen Reichsvorsitzenden des Christlich-sozialen Volksdienstes, zu dessen 70. Geburtstag schrieb: „Sie haben die Gefahr des Nationalsozialismus als einer der wenigen rechtzeitig erkannt, eine Gefahr, die niemals so groß geworden sein würde, falls Stegerwald sich hätte entschließen können, unter Aufgabe seines Ministerpostens die Grundgedanken der von mir verfaßten Essener Rede praktisch politisch durchzuführen; es würden sich dann völlig andere politische Konstellationen im Reichstag ergeben haben. Eine enge politische Zusammenarbeit zwischen den nicht Hugenberg folgenden Deutschnationalen, Ihren Freunden und meiner Partei würde eine Möglichkeit geschaffen haben, eine große Anzahl

Jahrgang 27 (1979), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

lebung des „Essener Programms" blieben ohne praktischen Erfolg. Im Rückblick ist jedoch die Bedeutung des Programms als Symptom wie auch als Diagnose der strukturellen Schwächen, die schließlich zum Zusammenbruch des Weimarer Parteiensystems führten, nicht mehr zu verkennen.

---

derer für eine positive Mitarbeit zu gewinnen, die aus Verzweiflung über das Parteiwesen schließlich Hitler gewählt haben." Eine Abschrift dieses Briefes wurde mir freundlicherweise von Herrn Simpfendörfer (†) zur Verfügung gestellt.

Jahrgang 27 (1979), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte